

ZUKUNFT

DIE DISKUSSIONSZEITSCHRIFT FÜR POLITIK, GESELLSCHAFT UND KULTUR

**Die Identitären. Jugendbewegung
der Neuen Rechten**
Offensive gegen Rechts

**Schumpeter'sche Innovationen, Struktur-
wandel und ungleiche Einkommensverteilung**
Adolf Stepan

**Abwanderungsdrohungen als
Mittel im Klassenkampf**
Bettina Csoka, Franz Gall und Michaela Schmidt

**Mehr Einbürgerungen für eine starke
Demokratie**
Lena Karasz

VORBILDER

150 JAHRE MAK



EDITORIAL

Der Ausgang der Wahlen zum Europäischen Parlament ist ein weiterer Indikator für die mangelnde politische Legitimation der derzeitigen europäischen Krisenpolitik. Die EVP hat zwar Platz 1 erreicht, tatsächlich aber fast ein Fünftel ihrer Sitze im Parlament verloren. Auch die SPE steht kaum als strahlende Siegerin da. In den von der Krise besonders hart getroffenen Ländern Spanien oder Griechenland, aber auch in Frankreich, das den fehlenden Kurswechsel wirtschaftspolitisch schmerzhaft zu spüren bekommt, sind die Ergebnisse der Sozialistischen Parteien desaströs. Davon profitieren linke Parteien wie SYRIZA in Griechenland oder PODEMOS in Spanien, davon profitieren aber auch europaweit rechtsextreme Gruppierungen, die bestehenden Unmut nutzen konnten. So würdelos das Intrigenspiel um die Nominierung von Jean-Claude Juncker als künftigen Kommissionspräsident ist – Europa und die Sozialdemokratie haben noch weit ernstere Probleme, als die Frage, ob die Parlamentswahl von den Regierungschefs als Vorentscheidung über den Kommissionspräsidenten anerkannt wird.

Gerade angesichts der Zugewinne von Rechtsextremen in Europa beschäftigen sich in dieser Ausgabe die AutorInnen der **»Offensive gegen Rechts«** mit einer neuen rechten Gruppierung, die zuletzt mit einer Demonstration in Wien auch in Österreich auf sich aufmerksam gemacht hat: Die **»Identitären«** verfolgen eine neue Strategie, um, scheinbar gemäßigt, tatsächlich rechtes Gedankengut in der Mitte der Gesellschaft zu verankern. Die AutorInnen setzen sich deshalb auch mit der Frage auseinander, **wie AntifaschistInnen dieser Gefahr begegnen können** und kritisieren den Polizeieinsatz rund um die Demonstration der »Identitären« im Mai.

Herbert Hönigsberger wiederum konstatiert sowohl in Deutschland als auch in Österreich – mit gänzlich verschiedenen Hintergründen – den Bedarf, strategische **Alternativen zur »Großen Koalition«** anzudenken und deren Umsetzung vorzubereiten.

In einem Heftschwerpunkt zum Thema Innovation beschäftigt sich **Adolf Stepan** mit den **Zusammenhängen von Innovation, Strukturwandel und Einkommensungleichheit** und nimmt dabei Bezug auf die Arbeiten von

Thomas Piketty, der zuletzt mit seinem Werk **»Capital in the 21st Century«** Furore gemacht hat.

Maria M. Hofmarcher setzt sich in ihrem Beitrag mit der **Bedeutung von Innovation für den Gesundheitssektor** und der Erreichung der EU-2020-Ziele auseinander.

Besonders im Kontext steuer-, lohn- und energiepolitischer Debatten wird in der öffentlichen Diskussion häufig der **Eindruck** erweckt, **Österreichs Wettbewerbsfähigkeit nehme ab** und jede »Belastung« der Unternehmen würde zu umfassender Unternehmensabwanderung führen. **Bettina Csoka, Franz Gall und Michaela Schmidt** wagen in ihrem Beitrag den **»Faktencheck«** und widersprechen dieser Darstellung. Sie plädieren dafür, **sozial-ökologische Standards zu verbessern, statt einer internationalen Spirale nach unten** das Wort zu reden.

Lena Karasz wiederum nimmt **das österreichische StaatsbürgerInnenschaftsgesetz** im internationalen Vergleich unter die Lupe und zeigt dabei massive soziale und demokratiepolitische Schief lagen der österreichischen Rechtslage auf.

Eine **weitreichende Kritik** zur wirtschafts- und europapolitischen Konzeption der SPE im abgeschlossenen Europawahlkampf liefert **Klaus Berndorfer** in seinem Beitrag.

Nach den Buchtipps warnt **Irene Mozart** davor, die **deflationären Tendenzen** im Euro-Raum auf die leichte Schulter zu nehmen: Die **brutale Sparpolitik im Süden Europas** bringe nicht nur diese Länder in die Bredouille, sondern **erreiche** in Gestalt der Deflation auch die **Kernländer des Euro**.

Wir wünschen gute Unterhaltung beim Lesen und Schauen!

Inhalt



Wolfgang Langeder
Fahrradjacke Sporty Supaheroe Jacket, 2013
© Utope/Foto: Elisabeth Grebe

6 Die Identitären. Jugendbewegung der Neuen Rechten

OFFENSIVE GEGEN RECHTS

12 Zeitenwende: Was kommt nach der Großen Koalition?

VON HERBERT HÖNIGSBERGER

Schwerpunkt **Innovation**

16 Schumpeter'sche Innovationen, Strukturwandel und ungleiche Einkommensverteilung

VON ADOLF STEPAN

22 Wissenschaft und Forschung im Gesundheitswesen

VON MARIA M. HOFMARCHER

30 Abwanderungsdrohungen als Mittel im Klassenkampf

VON BETTINA CSOKA, FRANZ GALL
UND MICHAELA SCHMIDT

40 Mehr Einbürgerungen für eine starke Demokratie

VON LENA KARASZ

44 Zur Kritik der Sparpolitik im Euroraum

VON KLAUS BERNDORFER

48 Buchtipps

Sachliches & Belletristisches

50 Deflationsgefahren gefährden Aufschwung

SCHLUSSWORT VON IRENE MOZART

Die Identitären. Jugendbewegung der Neuen Rechten

Im Mai betrat die neue rechtsextreme Gruppe der »Identitären« erstmals öffentlich die politische Bühne und machte mit einem Aufmarsch durch die Wiener Innenstadt auf sich aufmerksam. An den gewaltlosen Teilen der Gegenproteste wirkte vor allem die »Offensive gegen Rechts« aus zivilgesellschaftlich aktiven Personen und Organisation mit, die sich bereits seit einiger Zeit mit der Identität der neuen unbekanntenen rechtsextremen »Bewegung« beschäftigt. Für die ZUKUNFT stellten sie ihre Thesen zur Verfügung.

Am 17. Mai marschierten die rechtsextremen »Identitären« durch Wien. Die mediale Berichterstattung fokussierte in erster Linie auf das Vorgehen der Exekutive. Eine Diskussion über Grund und Inhalte der Gegendemonstrationen vom 17. Mai blieb zumeist aus. Dabei ist es wichtig, sich mit dem Umstand auseinander zu setzen, dass sich der Rechtsextremismus auch in Österreich zunehmend wandelt und dabei doch zu bekannten Organisationen regen Kontakt hält, wie die Identitären zeigen. Es ist wichtig, sich mit Ideologie und Strategie der Identitären auseinanderzusetzen und sie in der, im Wandel befindlichen rechtsextremen Szene zu verorten.

Zum ersten Mal traten die Identitären am 20. Oktober 2012 in Poitiers im Westen Frankreichs in Erscheinung. Etwa 60 junge Menschen der *Génération identitaire* besetzten kurzfristig das Dach einer Baustelle einer Moschee und zeigten schwarz-gelbe Banner mit dem Lambda-Symbol und der Zahl 732. Das Lambda-Symbol ist dem Film »300« entnommen, der in faschistischer Ästhetik die Geschichte (die historisch so nicht belegt ist) Spartas nachzeichnet, das gegen die übermächtige persische Armee kämpfte. 732 referiert auf das Jahr, als Karl Martell die Mauren bei Poitiers und Tours zurückgeschlagen hatte.

Nach der Aktion ging das Youtube-Video »Déclaration de Guerre« der *Génération identitaire* viral durch ganz Europa und es entstanden mehrere kleinere Gruppen nach dem Vorbild der *Génération identitaire*, auch im deutschsprachigen Raum.¹ Der Wiener Ableger machte sich erstmals durch die Störung eines Tanzflashmobs der Caritas und später durch die »Gegenbesetzung« der Votivkirche sowie Störungen linker Veranstaltungen bemerkbar.

DIE NEUE RECHTE

Die Identitären kommen aus dem Spektrum der Neuen Rechten. Charakteristisch für die Neuen Rechten ist unter anderem ihr Bezug auf die »Konservative Revolution«, einem Netzwerk von rechtsextremen Intellektuellen der Weimarer Republik der 1920er und 1930er. Bekannte Vertreter sind Ernst Jünger, Carl Schmitt, Arthur Moeller van den Bruck und Edgar Julius Jung. Neben ihrer bürgerlich-elitären Herkunft einte sie ihr Hass auf Demokratie, Parlamentarismus, Liberalismus, Frauenbewegung und Marxismus. Unterschiedlich war jedoch ihre Position zum Nationalsozialismus: Während Carl Schmitt Karriere machte, wurde Edgar Julius Jung im Zuge der internen Säuberungen von 1934 ermordet. Auch wenn die inhaltlichen Differenzen über die NSDAP teils groß waren (vor allem die Frage gesellschaftlicher Breite betreffend), blieb es Kritik aus demselben rechtsextremen Lager.

Die »Konservative Revolution« zerschrieb die Weimarer Republik und bereitete so den geistigen Boden für die NSDAP mit. Da die direkte Referenz auf den Nationalsozialismus nach dem Zweiten Weltkrieg tabuisiert war, beriefen sich viele rechtsextreme Intellektuelle in Frankreich auf die »Konservative Revolution«, wodurch sie als Re-Import zurück nach Deutschland kam.

Die Geschichte der Neuen Rechten ist sehr wechselhaft und von vielen Begriffsverwirrungen und -umschreibungen gekennzeichnet. In einer engeren Definition meint der Begriff ein Mischspektrum zwischen Konservatismus und offenem Rechtsextremismus. Gedachte Barrieren zwischen »guter« Mitte und »extremen« Rändern sind in dieser Konzeption hinfällig, Übergänge fließend. Die neue Rechte rekrutiert sich aus gesellschaftlichen Eliten, die darauf bedacht

sind, bestehende soziale Ungleichheiten zu erhalten. Begründet wird dies mit der Ungleichwertigkeit von Menschen – breitenwirksam etwa durch Thilo Sarrazin und Akif Pirinçci. Beide sind gut angebunden an eine Szene, die seit Anfang der 2000er durch neue Publikationsprojekte und Blogs Aufschwung erhält. Dazu zählen neben der schon länger existierenden Wochenzeitschrift *Junge Freiheit* vor allem Organe wie die *Sezession*, *Blaue Narzisse*, *eigentümlich frei*, *Politically Incorrect* und *Compact*.

Nicht nur mit ihrem popkulturellen Auftreten nehmen die Identitären eine Sonderstellung innerhalb der Neuen Rechten ein. Auf verquere Weise nehmen sie Bezug auf kritische Theoretiker_innen wie Antonio Gramsci, deren Inhalte sie im eigenen Sinn verdrehen. Im Straßenaktionismus bedienen sie sich ebenfalls linker Aktionsformen. Ihre Organisationsform stellt ebenfalls eine relative Neuheit in der Szene dar, denn um Breite zu simulieren, setzen die Identitären auf eine Art Franchising-Prinzip, das auch schon wenigen Aktivist_innen ermöglicht, Ableger zu gründen. Die Aktivist_innen der Identitären sind noch einmal deutlich jünger als die schon verjüngte Generation Neuer Rechter ab 2000, konnte doch davor von einem, in den Feuilletons konservativer Zeitungen präsenten Altherrenclub gesprochen werden.

ETHNOPLURALISMUS UND EUROPA

Die Neue Rechte und damit auch die Identitären haben rechtsextreme Ideologien modernisiert, aber keineswegs überwunden. Durch neue Kommunikationsstrategien werden Inhalte jedoch anschlussfähiger als im klassischen Neonazismus präsentiert. Hauptfeinde der Neuen Rechten sind Liberalismus und Marxismus, denn beidem wird eine egalitäre Grundeinstellung vorgeworfen. Der Hass auf Gleichheit macht den Kern rechtsextremer neurechter Ideologie aus.² Die einzige originär neurechte Konzeption ist der Ethnopluralismus. Die Identitären bekennen sich klar zum Ethnopluralismus im Sinne der französischen *Nouvelle Droite*.³ Diese geht von verschiedenen, quasi natürlichen »Völkern« aus, die in sich homogen bleiben oder werden müssen. Eine Begründung dafür bleibt aus.⁴ Doch die sogenannte »Reinhaltung« wird zur obersten Priorität erklärt. Innere Differenzierungen durch Klassen- oder Geschlechterverhältnisse innerhalb des Konstrukts des einheitlichen »Volks« werden negiert. Zwischen verschiedenen »Völkern« bestünde keine Hierarchie, mit Ausnahme hinsichtlich »des Islams«.⁵ In Wort und Bild zeichnen sich die Identitären durch einen aggressiven antimuslimischen Rassismus aus.

Zweiter ideologischer Einsatzpunkt ist die Konstruktion von Europa als einem positiven Sehnsuchtsort, den es zu retten gälte. Innerhalb der Rechten gibt es drei unterschiedliche Europa-Konzeptionen, die nicht nur auf plumper Ablehnung von allem, was nicht Nation/Volk ist, beruhen: 1. Die nationalstaatliche, die ein »Europa der Nationen« vertritt 2. die neoimperale, die von einer »Nation Europa« als Gegengewicht zu den USA träumt und 3. die regionalistische, die sich ein föderales Europa der Regionen wünscht. Erste Konzeption wird vor allem vom Front National und der Strache-FPÖ vertreten, zweite von der NPD und dritte war das bevorzugte Modell der Haider-FPÖ.⁶

Die Identitären bekennen sich mittlerweile klar zur neoimperialen Nation Europa. In dieser Vorstellung träumen sie von der Reconquista – der Rückeroberung Europas gegen die imaginierte Eroberung durch »den Islam« –, wie sie sie auf ihren Stickern fordern. Die Vorstellung, die Unterlegenen, ja, eine Minderheit zu sein, spielt eine wichtige Rolle. Ihr antimuslimischer Rassismus wird von ihnen schlecht getarnt unter dem Deckmantel der angeblichen inferioren Position.

Statt mit neonazistischer Rhetorik agieren die Identitären weichgespühlter und breiter anschlussfähig. Drei Beispiele können dies verdeutlichen: Die Behauptung, weder links noch rechts zu sein, die Strategie der Retorsion und der Metapolitik.

1. Eines der bekanntesten Sujets der Identitären heißt »Weder links, noch rechts, sondern identitär«. Durch die rhetorische Auflösung und Negation von links und rechts soll Distanz zum rechtsextremen Spektrum suggeriert werden. Nie wurde ihnen vorgeworfen, links zu sein, die Abgrenzung ist damit hochgradig absurd. Dieses sehr banale Manöver klingt auch in bürgerlicher Extremismustheorie mit. Die Existenz der Neuen Rechten negiert dieses Konzept, da rechtsextreme Narrative und Diskurse von bürgerlichen Akteur_innen genauso getragten werden wie von militanten Neonazis.

2. Die Strategie der Retorsion basiert auf einer Bewaffnung einer »ethnischen Mehrheit an der Macht« mit der Position der machtlosen Minderheit und wendet sich gegen diese. Die Rollen von Unterdrückten und Unterdrücker_innen werden dabei ins Gegenteil verkehrt. Dies zeigt sich an Männerrechtsbewegungen oder an der Vorstellung, von Migrant_innen unterdrückt zu sein.

3. Metapolitik ist ein Kernstück der Neuen Rechten und strebt nach Machtübernahme im vorpolitischen Raum. Es geht dabei nicht um Parteienpolitik, sondern darum, den Konsens einer Gesellschaft nach rechts zu verschieben. Das Ziel der Identitären ist also nicht vorrangig, eine Partei zu gründen oder an Wahlen teilzunehmen, es geht um Diskursverschiebung nach rechts.

NICHT AUS DEM NICHTS

Dabei kommen die Identitären sehr wohl aus parteinahen Umfeldern. Für Österreich bedeutet das, dass sie eine klare Anbindung an Burschenschaften haben, aus denen sie sich entwickelten. Schon *Der Funke*, eine kleine rechtsextreme Vorläuferorganisation der österreichischen Identitären, arbeitete eng mit der, aus Burschenschaffern bestehenden Gruppe *Siegfriedskopf* zusammen bzw. hatte personelle Überschneidungen, wie Martin Sellner (der selbst aus dem Küsel-Umfeld kommt⁷) selbst bestätigt.⁸ Enge Kontakte gab/gibt es auch mit der Burschenschaft Arminia Czernowitz Linz, deren Räumlichkeiten die Identitären nutzten.⁹ Alexander Markovics, Obmann der Identitären Bewegung Österreich, ist Mitglied der Olympia¹⁰ mit besten Kontakten in den RFJ und die FPÖ.

Das zeigt sich auch daran, dass der RFJ ganz offen Veranstaltungen zusammen mit den Identitären veranstaltet, wie im Burgenland.¹¹ In den Tagen nach der ersten Demo der Identitären blieb ihnen eine geeignete Örtlichkeit für eine Pressekonferenz versagt. Kurzerhand fand die Pressekonferenz im deutschen Schulvereinshaus in der Wiener Fuhrmannsgasse statt. Das Haus beherbergt zahlreiche rechtsextreme Organisationen, wie die Landsmannschaften, den *Eckhart* (Zeitung der Landsmannschaften)¹² oder die Mädelschaft *Freya*.¹³ Das alles zeigt, dass die Identitären personell nicht aus dem Nichts kommen und ihre Hauptprotagonist_innen an ganz klassisch rechte bzw. rechtsextreme Milieus angeschlossen sind.

Die Identitären sind sicherlich keine Massenbewegung. Daraus beziehen sie keineswegs ihre Gefährlichkeit. Die Anschlussfähigkeit ihrer rechtsextremen Inhalte und ihre Vernetzung sowohl in bürgerliche Schichten als auch rechtsextreme Kreise in ganz Europa sind das Beachtenswerte. Wo sich klassische Parteien mit langwieriger strukturerhaltender Arbeit und Wahlkämpfen aufhalten, agieren die Identitären frei von der Leber. Die Einbettung in eine neurechte Szene, die sehr dynamisch agiert, zeigt, dass es nicht um 100 wirre Menschen auf einer Demo geht. Inhalte und Agitation wirken über ihren engen Kreis hinaus. In zwei Schritten ist man von den Identitären

mitten drin in der Das-wird-man-doch-noch-sagen-dürfen-Fraktion von Thilo Sarrazin und Akif Pirinçci. Die Identitären sind sicher nicht der intellektuelle Arm dieser Szene, sie bereiten aber genau diese Ideologie mundgerecht für Jugendliche, die ein berechtigtes Gefühl von Verlorenheit und Überforderung haben, auf. Das ist das Besorgniserregende. 🍌

Die **OFFENSIVE GEGEN RECHTS** ist ein Bündnis zahlreicher linker Gruppen darunter SJ, aks und vsstÖ, das seit 2012 regelmäßig Proteste gegen Deutschnationale und Rechtsextreme organisiert

Lesetipp: Bruns; Glösel; Strobl (2014): *Die Identitären. Handbuch zur Jugendbewegung der Neuen Rechten in Europa*. Münster: Unrast Verlag.

1. Génération Identitaire: Déclaration de Guerre. Online verfügbar unter <http://www.generation-identitaire.com/declaration-de-guerre/>, zuletzt geprüft am 13.12.2013.
2. Vgl. Aftenberger, Ines: *Die Neue Rechte und der Neorassismus*. Graz: Grazer Universitätsverlag 2007. (Reihe Habilitationen, Dissertationen und Diplomarbeiten, 14), S. 60 sowie Jäger, Margret/Jäger, Siegfried: *Gefährliche Erbschaften. Die schleichende Restauration rechten Denkens*. Berlin: Aufbau Verlag 1999, S. 67
3. Vgl. Sellner, Martin: *Identitär – Eine Idee*. Online verfügbar unter <http://www.identitaere-generation.info/identitar-eine-idee/>, zuletzt aktualisiert am 02.05.2013, zuletzt geprüft am 06.01.2014
4. Aftenberger, *Die Neue Rechte und der Neorassismus*, S. 166 sowie Jäger/Jäger, *Gefährliche Erbschaften*, S. 86
5. Schiedel, Heribert: *Extreme Rechte in Europa*. Wien: Edition Steinbauer 2011, S. 23
6. Priester, Karin: *Fließende Grenzen zwischen Rechtsextremismus und Rechtspopulismus in Europa?* In: *Aus Politik und Zeitgeschichte* (44/2010), S. 33–39. Online verfügbar unter http://www.bpb.de/publikationen/2GPSZU,o,Flie%DFende_Grenzen_zwischen_Rechtsextremismus_und_Rechtspopulismus_in_Europa.html, zuletzt geprüft am 21.12.2011, S. 36–37
7. Vgl. http://diepresse.com/home/panorama/oesterreich/3811070/Identitaere_Haeupl-angezeigt-weitere-Demos-geplant
8. Vgl. <http://www.identitaere-generation.info/gestaendnis-einer-maske-teil-2/>
9. Vgl. <http://www.stopptdierechten.at/2013/03/11/identitaere-arminia-czernowitz/>
10. Vgl. http://diepresse.com/home/panorama/oesterreich/3811070/Identitaere_Haeupl-angezeigt-weitere-Demos-geplant
11. Vgl. http://bgld.rfj.at/texte/11_Kennst_du_deine_Identitaet
12. Vgl. http://www.oelm.at/?page_id=1654
13. Vgl. <http://www.m-freya.org/index.php/2-uncategorised>

VORBILDER

150 JAHRE MAK



Neri Oxman
Korsett: Arachne, 2012. In Zusammenarbeit mit Prof. W. Craig Carter (MIT, Cambridge, USA). 3D-Druck von Stratasys (Multi-Material Technologie)
© Yoram Reshef



VORBILDER

150 JAHRE MAK

Anlässlich des Jubiläums lädt die Ausstellung **VORBILDER. 150 Jahre MAK: Vom Kunstgewerbe zum Design** zu einer inspirierenden Begegnung mit ProtagonistInnen und Sammlungsobjekten aus der traditionsreichen Geschichte des MAK sowie mit zeitgenössischen VordenkerInnen zum Thema Design. Wer oder was waren die Vorbilder damals und wo finden wir sie heute?

Bis 05.10.2014
MAK-AUSSTELLUNGSHALLE
www.mak.at



Jaguar
E-Type, 1961
© Jaguar Land Rover

Zeitenwende: Was kommt nach der Großen Koalition?¹

Große Koalitionen verfügen in Deutschland und in Österreich über eine völlig unterschiedliche Tradition und gesellschaftliche Akzeptanz. Beiden Ländern gemeinsam ist jedoch, dass die Große Koalition kaum als tragfähiges Zukunftskonzept, insbesondere für die Sozialdemokratischen Parteien, gesehen wird. Herbert Hönigsberger begibt sich in seinem Beitrag auf die Suche nach strategischen Alternativen.

In Deutschland und Österreich stagniert die Sozialdemokratie bei Wahlen auf nationaler Ebene zwischen 25 und 30 Prozent (Bundestag und Nationalrat 2013, Europa 2014). Manchmal reicht das zum ersten, manchmal nur zum zweiten Platz. In beiden Ländern regiert die Sozialdemokratie mangels Alternativen mit Konservativen in mehr oder weniger »großen Koalitionen«. Und es gibt hundert Gründe für friedliche Koexistenz und demokratische Machtteilung dieser politischen Antipoden. Ein fundamentales Anliegen der Sozialdemokratie ist, den Konservativen ein unerschütterbares gesellschaftspolitisches Arrangement abzurufen, das verhindert, dass sich Interessengegensätze – und seien sie antagonistisch – zu Klassenkämpfen zuspitzen wie 1934 in Österreich. Große Koalitionen sind um des gesellschaftlichen Friedens willen und der Regierbarkeit halber begründbar. In Österreich waren sie lange historisch, in Deutschland sind sie phasenweise politisch zwingend.

KEIN TRAGFÄHIGES PROJEKT

Aber es ist nicht Aufgabe der Sozialdemokratie, den Konservativen permanent den Steigbügel fürs Regieren zu halten. Es ist vielmehr ihre Aufgabe, die Konservativen möglichst von der politischen Macht fern zu halten, damit die Institutionen der demokratischen Republik nicht den ökonomischen Eliten anheim fallen. Die Konservativen wollen ausgerechnet das bewahren, das all das zerstört, was der Arbeiterbewegung und der Ökologiebewegung wichtig ist. Auf Dauer ist Rot-Schwarz kein tragfähiges Projekt, denn es gründet auf keinem gemeinsamen normativen Fundament. Die Sozialdemokratie ist eine der politischen Leitformationen moderner Gesellschaften, die Formation eines durch Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit und Gerechtigkeit normativ orientierten Reformismus, der permanenten Systemtransformation, des grundlegenden

Wandels von Ökonomie und Gesellschaft. Die Konservativen sind Vertreter eines verfehlten System- und Strukturkonservatismus, Verteidiger auf Dauer unhaltbarer ökonomischer Verhältnisse. SPD und SPÖ sind Parteien der Kapitalismuskritik, Union und ÖVP solche der Kapitalismusapologie. Sozialdemokraten wissen, dass eine pathologisch chaotische, turbulente, absurde Produktionsweise wie die kapitalistische nicht von Dauer sein kann, die Konservativen glauben, dass sie von Dauer sein werde und müsse. Die Konservativen sind Parteien des minoritären Partialinteresses der Systemprofiteure, die Sozialdemokratischen Parteien des Allgemeininteresses an funktionierender und lebenswerter Gesellschaftlichkeit.

UNGLEICH ERFAHRENERE REGIERUNGSPARTEI

Herbert Wehner hat 1966 der SPD die strategische Option »Große Koalition« eingehämmert, um politische Legitimation aufzubauen und Regierungsfähigkeit zu erlangen. Ansonsten macht die deutsche Sozialdemokratie Große Koalitionen, wenn sonst nichts geht, wie 2005 bis 2009 und seit 2013. In Österreich ist die Koalition aus ÖVP und SPÖ die am längsten praktizierte Regierungsvariante. In 70 Jahren Nachkriegszeit wurde Österreich über 40 Jahre von SPÖ und ÖVP regiert, Deutschland nur in neun von SPD und Union. Auf einer gemeinsamen KZ-Erfahrung der handelnden Personen gründete die erste deutsche große Koalition nicht. Sie hat keinen Gründungsmythos wie die österreichische mit ihrem »Nie wieder 34«, »Nie wieder 38«. Ihr fehlt jede emotionalisierende geschichtliche Begründung, jede Legitimation durch eine große Erzählung, die in die nationale Mentalität eingesickert ist. Die SPÖ ist die ungleich erfahrenere Regierungspartei. Aber sie ist eine Partei geprägt durch große Koalitionen. Die SPD ist die deutsche Oppositionspartei, die jedoch weiß, wie man mit kleineren Partnern regiert.

Wenn es die Mehrheitsverhältnisse 2017 zulassen, wäre das Ende der großen Koalition in Deutschland der akzeptierte Normalfall, selbst wenn sie erfolgreich und ihre Fortsetzung rechnerisch möglich wäre, was wahrscheinlich ist. Einer Neuaufgabe steht nichts entgegen, wenn nötig. In Österreich rührt der beschleunigte Legitimationsverlust des ewigen Arrangements der exklusiven Machtteilung von ÖVP und SPÖ an den Grundfesten des Modells. Höchst unwahrscheinlich, dass die Regierung Faymann noch eine derart überzeugende Politik vorlegt, die beide beteiligten Parteien aus ihrem Abnutzungskampf so gestärkt hervorgehen lässt, dass die Öffentlichkeit ihr Weitermachen wünschen könnte. In Österreich würde niemand staunen, wenn sich 2018 die ehemals große Koalition nicht einmal mehr rechnet. Wenn sie nicht vorher zerbricht. Und die vorläufig letzte ihrer Art wäre, die das Ende einer Ära markiert.

Was kann nach den großen Koalitionen kommen? Was soll kommen? In beiden Ländern ist die Diskussion kontrovers. In Deutschland ist sie weiter fortgeschritten, strategisch bewusster, in Österreich dringlicher. Die SPD ist für das, was nach der großen Koalition kommen soll und kann, mental und kognitiv besser gerüstet. Und sie hat mehr Optionen als die SPÖ. Die hat immer noch Zeit genug, um sich darauf vorzubereiten, die Fessel der Großen Koalition aufzusprengen. Aber es wird Zeit.

KOALITIONS-LEHREN

Die erste deutsche Große Koalition (1966 bis 1969) mündete in die bis dato einzigartige SPD/FDP-Koalition ein. In der Ära Brandt/Scheel und Schmidt/Genscher haben SPD aber auch FDP ihren historischen Höhepunkt an Macht- und Prachtentfaltung in der deutschen Nachkriegsgeschichte erreicht. Die ebenso bedeutende Ära Kreisky dagegen folgte auf die einzige Alleinregierung der ÖVP. Die Erfahrung, wie die Transformation einer Großen Koalition in eine Regierung mit einem kleinen Partner im Detail vorzubereiten ist, fehlt der SPÖ. Die deutsche Sozialdemokratie kann zudem die Lehren aus der sozialliberalen Regierungszeit (1969 bis 1982), aus Rot-Grün (1998 bis 2005), zahlreichen rot-grünen Koalitionen (u. a. Nordrhein-Westfalen, Baden-Württemberg) und einigen rot-roten Koalitionen (u. a. Berlin) in den Ländern ziehen. Auch dieser Erfahrungsschatz fehlt der SPÖ.

2017 kann es im Bundestag erneut zu einer Mehrheit der Sitze für SPD, Grüne und Linke kommen, wenn FDP und AfD nicht gleichzeitig ins Parlament einziehen. Dazu wachsen in

der FDP still und leise die Kräfte, die nie wieder nibelungentreu den Konservativen bis in den eigenen Untergang folgen und deshalb die Koalitionsfrage offen halten wollen. Die Grünen werden kaum von der roten Fahne gehen. Schwarz-Grün ist auf Landesebene (Hamburg, Hessen) bis dato eher ein Sonderfall. Das Modell spaltet die Partei und kommt nur, wenn sich die SPD so töricht verhält, dass bei den Grünen die Lust auf Revanche überbietet. Und wenn es nach der Landtagswahl in Thüringen im September zur ersten rot-rot-grünen Koalition, noch dazu mit einem Ministerpräsidenten der Linken kommt, wäre dies ein weiteres Referenzmodell. Die SPD hat außer Rot-Grün links wie rechts Optionen, in einer realpolitisch gewendeten Linkspartei und im Fall der Fälle in einer erholten, vielleicht sozialliberal erneuerten oder zumindest nicht mehr ans konservative Lager gefesselten FDP.

ROT-GRÜN WIRD NICHT REICHEN

Die SPÖ hat derlei Optionen nicht. Ihr Erfahrungsschatz mit Rot-Grün auf Landesebene ist beschränkter als der der SPD, wird aber immerhin in Wien gerade erheblich erweitert. Sowohl bei der SPÖ als auch bei den Grünen dürfte sich eine Mehrheit für Rot-Grün aussprechen, wenngleich mit mehr Bauchgrimmen als in Deutschland. Aber einen linken Koalitionspartner in spe gibt es nicht. Und rechts franst das Parteienspektrum aus. Gleichzeitig ist Schwarz-Grün für die SPÖ eine ernstere Gefahr als für die SPD. Denn die schwarz-grüne Kooperation in den Ländern hat mehr Gewicht als in Deutschland. Und soweit wie die fast erfolgreichen Verhandlungen nach der Nationalratswahl 2002 sind die schwarz-grünen Annäherungsversuche in Deutschland nie gediehen.

Dass es 2017 bzw. 2018 für Rot-Grün allein reicht, ist in beiden Ländern unwahrscheinlich. Also Rot-Grün-Plus. Aber mit wem? In Deutschland ist Rot-Rot-Grün (R2G) beileibe noch kein gesellschaftlich akzeptiertes Projekt. In Österreich kommen nur die NEOS in Betracht, eine zwar junge und insofern schwer kalkulierbare Formation, aber schon jetzt erkennbar neben den Grünen die solideste Oppositionspartei. Doch liegt diese Perspektive Akteuren und Öffentlichkeit noch ferner als Rot-Rot-Grün in Deutschland.

Unter der Hand sind die Koalitionsperspektiven in beiden Ländern mit einer Frage von fast epochaler Bedeutung verknüpft. Welche Richtung schlägt die Rekonstruktion des dahinsiechenden Liberalismus – immerhin eine geistige Grundströmung Europas – im deutschsprachigen Raum ein? Was wird aus der FDP? Was wird aus den NEOS? Ob sich beide

zu links- bzw. sozialliberalen oder zu neoliberalen Formationen entwickeln, oder zu etwas Drittem, das politische und ökonomische Freiheit in ein neues Verhältnis bringt, ist offen. Die strategische Aufgabe der Sozialdemokratie ist es, dem Liberalismus Wege aus der konservativen Einengung und Umklammerung zu eröffnen. Dabei geht es um nicht weniger als die getrennten sozialdemokratischen und liberalen Traditionsstränge der französischen Revolution gegen die konservativen Nachfahren des Ancien Régime wieder zusammenzubringen. In der sozialliberalen Ära in Deutschland ist es schon einmal gelungen, die Koalition von SPD und FDP als das natürliche Bündnis der beiden großen Strömungen zu deuten, die sich in der französischen Revolution im Kampf gegen das Ancien Régime herausgebildet haben. Womöglich kommt diesmal vor allem auf die SPÖ die schwierige aber interessante, strategisch und geschichtlich bedeutsame, die zukunftssträchtige Aufgabe zu, den historischen Ausgleich mit dem Liberalismus exemplarisch im Diskurs mit einer sich neu formierenden liberalen Partei zu inszenieren. Und damit Teile des Bürgertums ins eigene Lager zu ziehen, statt sie den Konservativen zu überlassen.

KOMMUNIKATIVE KOMPETENZ

Die Konkurrenz zwischen SPD und Union sowie SPÖ und ÖVP spitzt sich auf die Konkurrenz um einen oder mehrere Koalitionspartner zu. Im zerfasernen Mehrparteiensystem läuft der Wettbewerb der Leitparteien darauf hinaus, wer der bessere Propagandist der politischen Kooperation ist, wer das Angebot formuliert, das niemand ablehnen kann. Potenzielle Koalitionspartner diskursiv mitformen, umwerben, umschmeicheln, umgarnen, dabei die eigene Mitgliedschaft mitnehmen und selber programmatisch klaren Kurs halten – diesen Spagat zu bewältigen verlangt hohe kommunikative Kompetenz. Die Fähigkeit zur zumindest zeitweiligen politischer Lager- und Koalitionsbildung ist die zentrale strategische Kompetenz. Gewinner ist, wer besser Koalitionspartner für sich einnehmen kann, ohne ordinäre politische Kampfkommunikation, mit nuancierten Formeln statt mit Grobrhetorik, mit Feingefühl statt Krawall, mit Florett statt Säbel. Die zentralen Spielfelder dafür sind der Nationalrat in Wien und der Landtag in Düsseldorf.

In diesen Koalitionsprojekten schlummert noch eine weitere Chance. Sie bieten weitaus besser als hermetisch parteizentrierte Propaganda Gelegenheit für die große Erzählung, das emotionalisierende Narrativ, das politische Ziele überwölbt, integriert, zu einer Vision bündelt und den erregen-

den und mobilisierenden Kern des Politischen herausschält. Ohne die große Erzählung dringt politische Kommunikation in einer Welt der Informationsflut, Sensationsgier und kommunikativen Kakophonie nicht mehr durch. Politik bedarf der einfachen aber großen Geschichte, die alle komplizierten Detailprojekte und Fachdiskurse zu einem Ganzen mit Strahlkraft verbindet. Koalitionsprojekte überwinden im Interesse des allgemeinen Wohls und des gesellschaftlichen Zusammenhalts traditionelle ideologische Gräben und Interessengegensätze. Aus dem Ab- und Ausgleich von Idee und Ideologien entspringt ein innovativer Impuls. Er bringt soziale Schichten und soziale Milieus, die sich ansonsten einigeln und abschnitten, in konstruktiven Kontakt.

Dies verlangt Verständnis, Rücksichtnahme, Kooperations- und Kompromissbereitschaft, den Willen zum Konsens. Selbstbewusst und überzeugt von der eigenen Position auf andere zugehen und sie ernst nehmen, Interessen ausgleichen, gesellschaftliche Bündnisse schließen und damit die Gesellschaft zusammenhalten, Zivilität und Führungsfähigkeit durch demonstrative Wertschätzung politischer Kontrahenten demonstrieren: Das sind allesamt Gewinn bringende Tugenden und Fähigkeiten. 

HERBERT HÖNIGSBERGER

ist Soziologe, Politikberater, Publizist, Mitarbeiter und Sprecher von Nautilus Politikberatung Berlin (www.nautilus-politikberatung.de).

1. Der Text entstand im Rahmen des auf vier Jahre angelegten Projektes »Zeitenwende: Was kommt nach den Großen Koalitionen?«, in dem Nautilus Politikberatung (www.nautilus-politikberatung.de) die Konstellationen in Deutschland und Österreich analysiert.



Schumpeter'sche Innovationen, Strukturwandel und ungleiche Einkommensverteilung

Mit der Rolle von Innovation auf den Strukturwandel in der Wirtschaft setzt sich Adolf Stepan auseinander und nimmt dabei Bezug auf Arbeiten von Thomas Piketty, der sich seit Jahren mit dem Einfluss des Strukturwandels auf Einkommensungleichheiten beschäftigt.

In letzter Zeit bestimmen neue Ansätze zum Thema Ungleichheit, ihre Folgen und ihre Bekämpfung die Debatte. Piketty (2006, 2010) und seine zahlreichen Koautoren haben einen neuen und überzeugenden Zugang zur Dokumentation und Analyse der Ungleichheit gefunden. Die Ungleichheit in ihrer heutigen Form ist nicht vom Himmel gefallen, sondern hat Ursachen im Strukturwandel (Baumol 1967) und dieser ist durch Innovationen, die uns unentbehrlich sind, aber auch durch Innovationen, die entbehrlich scheinen, verursacht.

SCHUMPETER'SCHE INNOVATIONEN, FINANZMARKTINNOVATIONEN UND ALTE VERMÖGEN

Am Beginn der Analyse stehen die großen ererbten Vermögen der Belle Époque mit ihrer natürlichen, gottgefälligen Ungleichheit und die durch kreative Destruktion erarbeiteten Schumpeter'schen Vermögen der Industrie- und Finanzmagnaten, vor allem in den USA, zu Beginn des 20. Jahrhunderts. Gottgegebene Vermögen haben auch das Elend der Massen als natürliche gottgewollte Ordnung erscheinen lassen, gegen die man nichts tun könne, müsse oder gar dürfe.

Der Aufbau von Vermögen aus Innovationen brachte immerhin für viele die Chance auf geregeltes Einkommen und mit steigendem Selbstbewusstsein, Solidarität und gewerkschaftlicher Organisation, auch steigende Löhne und soziale Errungenschaften wie Bildung und ein Gesundheitswesen, kurz den sozialen Wohlfahrtsstaat europäischer Prägung. Letzterer ist nun in Bedrängnis, weil er angeblich zu teuer wird.

Der erste, der dies als Problem des modernen Wohlfahrtsstaates erkannte, war William Baumol (1967). In seiner grundlegenden Arbeit »Macroeconomics of Unbalanced

Growth: The Anatomy of Urban Crisis« analysierte er die Auswirkungen eines asymmetrischen Wachstums der Sektoren einer Volkswirtschaft infolge technisch bedingter ungleicher Empfänglichkeit für Innovationen. Er prophezeite als Folgen des asymmetrischen Wachstums Preissteigerungen in den sogenannten stagnierenden Sektoren und Wachstumsverlangsamungen für die gesamte Volkswirtschaft. Unter den Bezeichnungen »Cost Diseases«, »Growth Diseases« oder »Baumol'sche Diseases« bestimmten sie bald die Diskussion über Wachstumsschwäche, prekäre Arbeitsverhältnisse und, im Vergleich zur innovationsaffinen Industrie, stärker wachsenden Kosten in den weniger innovationsaffinen Sektoren wie Bildung und Gesundheitswesen. Seit dem Ende der 70er-Jahre, als das Wachstum in den Industrienationen schwächer zu werden begann, suchte man eine Bestätigung für die Effekte, die Baumol vorausgesagt hatte. Nordhaus (2008) ist es gelungen, ein Instrumentarium zu entwickeln, das es erlaubt, die Effekte unsymmetrischen Wachstums zu testen und zu quantifizieren. Er hat dies für die USA, Hartwig (2010a, 2010b) für die Schweiz und die OECD, gemacht.

WEITERENTWICKLUNG DES WOHLFAHRTSSTAATES

Strukturwandel alleine als Folge von produktivitätssteigernden Innovationen einerseits und wachstumsschwachen Innovationen andererseits zu erklären, wäre zu kurz gegriffen. Horcht man heute in den öffentlichen Diskurs über die Bedeutung von Innovationen für die Wirtschaft hinein, geht es immer um die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit von Unternehmen der Realwirtschaft. Wir brauchen eine starke Industrie, die wachstumsstarke Innovationen hervorbringt. Aber da darf man nicht stehen bleiben. Auch die Weiterentwicklung des Wohlfahrtsstaates ist Voraussetzung für den Erfolg im In-

novationsgeschäft. Ob Schumpeter an gesellschaftliche Innovationen dachte, ist fraglich. Auf- und innovativer Ausbau eines qualitativ hochwertigen Bildungswesens, Gesundheits- und Sozialwesens als Voraussetzung für attraktive Arbeitsmärkte innovativer Wirtschaftsstandorte, war nicht in seinem Blickfeld.

Auch nicht das heute so prosperierende Feld der Finanzinnovationen, des »Financial Engineering« rund um *Asset Backed Securities* (ABS) nicht. Welche Assets? Schulden zunächst erstklassiger, dann zunehmend drittklassiger Schuldner, werden von Finanzintermediären verbrieft, handelbar gemacht und über *Special Purpose Vehicles* (SPV, gerne auch auf den Caymans angesiedelt) gehandelt. Produkte wie CDO (*Collateral Debt Obligations*) die berühmt und dann berüchtigt wurden, Indexpapiere ohne Bezug auf *Fundamentals* etc., die auf eigenen Segmenten der Börsen gehandelt werden, waren damals unbekannt (Arbeitskreis Finanzierung 1992, Steinherr 2000).

Sehr wohl ein Thema für Schumpeter waren aber Kredite. Er erkannte, dass niemand reich genug sein würde, mit Eigenkapital alleine riskante Innovationen zu finanzieren, nicht einmal Belle-Époque-Magnaten der Jahrhundertwende wären dazu im Stande gewesen und nun war ihre Zeit – nach dem Ersten Weltkrieg – zumindest in Europa abgelaufen. Heute ist wieder eine Renaissance akkumulierter Vermögen und des damit verbundenen »Patrimonial capitalism«, zu verzeichnen. Aus dem asymmetrischen Wachstum der Sektoren ist unversehens ein asymmetrisches Wachstum der Lohn- und Kapitaleinkünfte geworden.

Und noch etwas fällt auf: Zu Schumpeters Zeiten hat man bei Innovation an radikale Umwälzungen, zumeist hervorgerufen durch neue naturwissenschaftliche Erkenntnisse (Technology-push Innovationen), gedacht, die von Manager-Entrepreneuren mit hohem Risiko umgesetzt wurden (Supply-push). Das Risiko ist deshalb so groß, weil die Produkte radikal neu für die Märkte sind und die Selektionsumgebung, die verantwortlichen Akteure für eine teure Entwicklung zur Marktreife und Markteinführung, erst mühsam überzeugt werden müssen (Stepan 2006). Aber nicht nur spektakuläre naturwissenschaftliche Erkenntnisse stehen am Anfang von radikalen Umwälzungen, auch radikale politische Umwälzungen sind Auslöser. Sie haben Grundlagen der Mikroelektronik und Informatik, Logistik und Kommunikation zu Netzwerktechnologien befördert, die, nach der Implosion von planwirtschaftlichen Systemen, den Zugang zu neuen Märkten

und direkt auch zu Konsumenten, ermöglichten und wohl unumkehrbar die Globalisierung der Wirtschaft bewirkten.

Wenn man heute von Innovationen spricht, sind zumeist Demand-pull oder Market-pull Innovationen gemeint, also Innovationen, die der Markt, der Konsument quasi fordert, weil er die Vorläuferinnovationen schon gut kennt und verbessert haben will. Im Vergleich zu Technology- oder Supply-push muss man sie als wesentlich risikoärmer einstufen, da ihre Selektionsumgebung im Großen und Ganzen als bekannt vorausgesetzt werden kann. Konsumentanalysen bringen den Anstoß für neue Produkte und Prozesse (auch im B2B Geschäft!). Kleiner, reiner, schneller, geht immer am Markt und wird in der Regel gut angenommen. Außer der Markt zeigt schon Sättigungstendenzen, erkennbar an einem verlangsamten Wachstum. Diese Kategorie von Innovationen sind heute Teil des Marketings und natürlich wesentlich zahlreicher als Technology-push Innovationen. Aber sobald der Markt des Potentials eines Technology-push gewahr wird, beginnt ein kontinuierlicher und marktgetriebener Prozess der Ausdifferenzierung von Innovationen, der in den Market-pull übergeht, vielen Märkten neue Impulse gibt und neue Märkte entstehen lässt.

TECHNOLOGY-PUSH-CHANCEN

Umso schmerzlicher ist es daher, wenn ein ganzes Land, ein ganzer Kontinent wie Europa den Anschluss versäumt. Die Ressourcen für die Entwicklung neuer Innovationen aus dem Technology-push in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts waren anderweitig gebunden. Ein durch zwei Weltkriege physisch und psychisch nachhaltig zerstörter Kontinent musste aus Trümmern aufgebaut werden, mit dem Verlust und der Vertreibung von Millionen gut ausgebildeter Menschen fertig werden und seine ganzen Ressourcen und seine ganze Konzentration in den Aufbau des Kontinents stecken.

In den 70er-Jahren, nachdem der Aufbau bewältigt war, begann die Wirtschaft langsamer zu wachsen. Es wurde offenbar, was man an Technology-push-Chancen versäumt hatte. Nach der Aufbauphase mit hohen Wachstumsraten und hohen akkumulierten Cashflows hat es Schwierigkeiten gegeben, diese sinnvoll zu investieren. Das riskante und sehr teure Geschäft, aus der Grundlagenforschung Innovationen zu entwickeln war vernachlässigt oder verschlafen, jedenfalls versäumt worden. Die operativen Renditen der Unternehmungen sanken und der Finanzvorstand musste in der Regel die Bilanzpressekonferenzen retten. Mit den schwarzen Zahlen aus

seinem Bereich konnte man die roten Zahlen aus dem operativen Geschäft mit der Realwirtschaft locker überschreiben. Bank mit angeschlossenem Elektroladen wurde etwa damals in Deutschland in Richtung Siemens gehöhnt und AEG gesang- und klanglos unter. Zu dieser Zeit war es üblich, den Finanzchef durch einen *Chief Financial Officer* (CFO) zu ersetzen, der typischerweise von einer Bank kam und sich mit den neuen Produkten des Financial Engineering vorgeblich auskannte; jedenfalls kannte er sie und wusste, wo man sie kaufen kann. Da wurden anfangs tatsächlich erstaunliche Renditen erwirtschaftet ohne sich mit der Entwicklung hochriskanter Realinnovationen herumschlagen zu müssen, nachdem auch schon zuvor die akkumulierten Cashflows – verschmizt und liebevoll »Kriegskassen« genannt – unter so mancher Übernahme leiden mussten.

Auch Gemeinden landauf, landab haben ihre Mittel an der Grenze zur Einlassungsfähigkeit und darüber in Finanzprodukte investiert, die weder sie noch ihre Berater verstanden, um karge Budgets aufzufetten. Sogar Gewerkschaftskassen blieben von den Versuchungen auf den Caymans etc. ihr Glück zu versuchen, nicht verschont. Wie dubios diese Finanzierungen waren, konnte man schon früh erkennen (Arbeitskreis Finanzierung 1992, Steinherr 2000), aber der neoliberale Hype und Druck war so groß, dass man erst später aus Schaden klug wurde. Aber wer wollte damals, unter Schwarz-Blau, schon alt aussehen. Und für Banken war das alles doppelt verlockend. Erstens lief das Geschäft über sie und zweitens konnten sie so ihre neuen Eigenkapitalvorschriften, die zu Engpässen führten, durch ABS besser bewirtschaften.

Das Vermächtnis aus dieser Zeit für die Industrie und Industriepolitik muss es sein, die Substitution von Realinnovationen durch Finanzinnovationen zu stoppen. Das in den Finanzsektor der Börsen zur Renditengewinnung investierte Geld muss wieder in den Bereich der Realwirtschaft zurückgeführt werden, um in F&E, in die Entwicklung von Innovationen für die produzierende Wirtschaft ausreichend investieren zu können.

Nicht alle Branchen waren davon gleich betroffen. Chemie, Pharma, Maschinenbau und Automobilindustrie blieben – zumindest im deutschsprachigen Raum – ganz die Alten was den Erfolg und die Innovationskraft betraf. Und ganz allgemein ist zu konstatieren, dass die Unternehmungen in Produktivität bzw. Prozessinnovationen investieren. Bei stagnierenden Märkten bedeutet das eine Sanierung über die

(Lohn-)Kostenseite, zur Substitution von Arbeit durch Kapital und führte in weiterer Folge bei schwach wachsenden Märkten zu Entlassungen, auch hochqualifizierter Mitarbeiter (z. B. Automobilindustrie). Verstärkt durch den Druck der nun voll erblühenden Finanzkrise hatten Gewerkschaften diesem Trend wenig entgegenzusetzen. Der Strukturwandel hatte voll eingesetzt, Manager wurden Konsulenten oder Berater und konnten, ohne gewerkschaftliche Vertretung, ihr Einkommensniveau nur selten halten. Im tertiären Sektor begannen sich prekäre Arbeitsbedingungen auszubreiten. Der Strukturwandel à la Baumol war im Gange.

DIE QUANTIFIZIERUNG DES STRUKTURWANDELS UND DER BEITRAG ZUM ENTSTEHEN DER UNGLEICHHEIT

Nun war die Zeit reif, zu testen, was Baumol mit seinem einfachen Modell vorausgesagt hat. Sein Modell einer Volkswirtschaft hat nur zwei Sektoren. Im Sektor 1 gibt es aus technischen Gründen Innovationen nur sprunghaft und nur in langen Zeitabständen. Dazwischen ist die Arbeitsproduktivität konstant, die Steigerung der Arbeitsproduktivität möge vernachlässigbar gering sein. Im Sektor 2 hingegen möge die Arbeitsproduktivität durch die Möglichkeit inkrementeller Innovationen jährlich mit einer gleichmäßigen Rate ρ steigen. Sektor 1 wird wenig charmant der stagnierende Sektor, manchmal auch Sektorssektor genannt. In ihm sind alle Branchen zusammengefasst, in denen die operative menschliche Arbeitskraft eine dominierende Rolle spielt (Gesundheitswesen, Bildung, Forschung, Beratungsleistungen etc.) und nur schwer durch maschinelle Tätigkeit ersetzt werden kann. Sektor 2 wird progressiver Sektor genannt.

Hier werden alle klassischen Industrien zusammengefasst gedacht, in welchen regelmäßig Produktinnovationen vom Typ Market-pull stattfinden und vor allem Prozessinnovationen, die den Output pro Zeiteinheit kumulativ wachsen lassen. Technology-push Innovationen treten nur in sehr großen Zeitabständen marktreif auf und kommen in der Regel, wie z. B. IT und Kommunikation, beiden Sektoren zugute, werden daher zur Vereinfachung des Modells ohne Schaden für die Aussagekraft nicht berücksichtigt. Unter der Voraussetzung, dass gleich qualifizierte Beschäftigte in beiden Sektoren auch gleiche Löhne durchsetzen können und das Verhältnis der Outputs in beiden Sektoren zueinander konstant sein sollen, zeigt Baumol, a) dass die Stückkosten im stagnierenden Sektor mit Rate ρ gegen unendlich gehen, und b) ein gleichbleibendes Verhältnis der realen Outputs für beide Sektoren dazu

führt, dass die Beschäftigung sich kontinuierlich vom progressiven in den stagnierenden Sektor verlagert – ein Phänomen das als Strukturwandel diskutiert wird – und c) das BIP eines Landes als Folge von a) und b) stetig langsamer wächst und das Wachstum asymptotisch gegen Null strebt (growth disease). Gleiche Löhne bei gleicher Qualifikation können im Sektorservice nur in Segmenten mit geschützter Nachfrage, wie das Bildungswesen und Gesundheitswesen in Europa, erreicht werden – in den restlichen Segmenten des Sektorservices kommt es zu prekären Arbeitsverhältnissen.

Nordhaus (2008, für die USA) und Hartwig (2010a, für die Schweiz und 2010b für die OECD) haben das empirisch überprüft. Für die USA wurde für einen Zeitraum von 1949 bis 2001 für 67 Industriegruppen gezeigt, dass im Prinzip alle »Baumol'schen Diseases« und der vorhergesagte Strukturwandel gut zu belegen sind. Sinkende Beschäftigung im progressiven Sektor wurde für die USA bestätigt. Davon ausgenommen waren nur stark exportorientierte Firmen. Vom technischen Fortschritt und seinen Innovationen scheinen in erster Linie die Konsumenten durch sinkende Preise zu profitieren, während Löhne kaum vom Produktivitätswachstum beeinflusst sind und auch die »Schumpeter'schen Profite« relativ schwach ausfallen (Nordhaus 2004). Das kann daran liegen, dass Demand-pull Innovationen dominieren, die vor allem saisonale Innovationen bzw. Verbesserungsinnovationen hervorbringen, die dann rasch in den Branchen diffundieren und in der Regel auch nicht schutzfähig sind.

Für die Schweiz (Daten waren für 32 Industriegruppen für den Zeitraum von 1997–2007 verfügbar) gibt es einige interessante Besonderheiten. Finanzintermediäre, die in der Schweiz ein hohes Gewicht haben, weisen ein besonderes Produktivitätswachstum auf, bei dem zu hinterfragen ist, ob das nicht Produktivitätsschwankungen sind, die auf die besondere Auftragslage während der Krise und der Bewältigung der Steuerabkommen zurückzuführen sind. Ob Produktivitätssteigerungen in dieser Branche nachhaltig sind, wird von Hartwig bezweifelt. Besonders interessant ist jedoch der Befund zum Gesamtwachstum. Hier knicken die produktiven Sektoren nicht gegenüber den stagnierenden ein, sie wachsen sogar. Das ist auf die Besonderheit kleiner Heimmärkte zurückzuführen, die kleine Länder zum Exportieren zwingen. Das wird auch durch die Ergebnisse für die USA gestützt, wo Branchen mit einer hohen Exportquote stärker wachsen als Branchen, die vor allem den Heimmarkt beliefern. Konträr zum Ergebnis der USA ist jedoch die Beobachtung für die

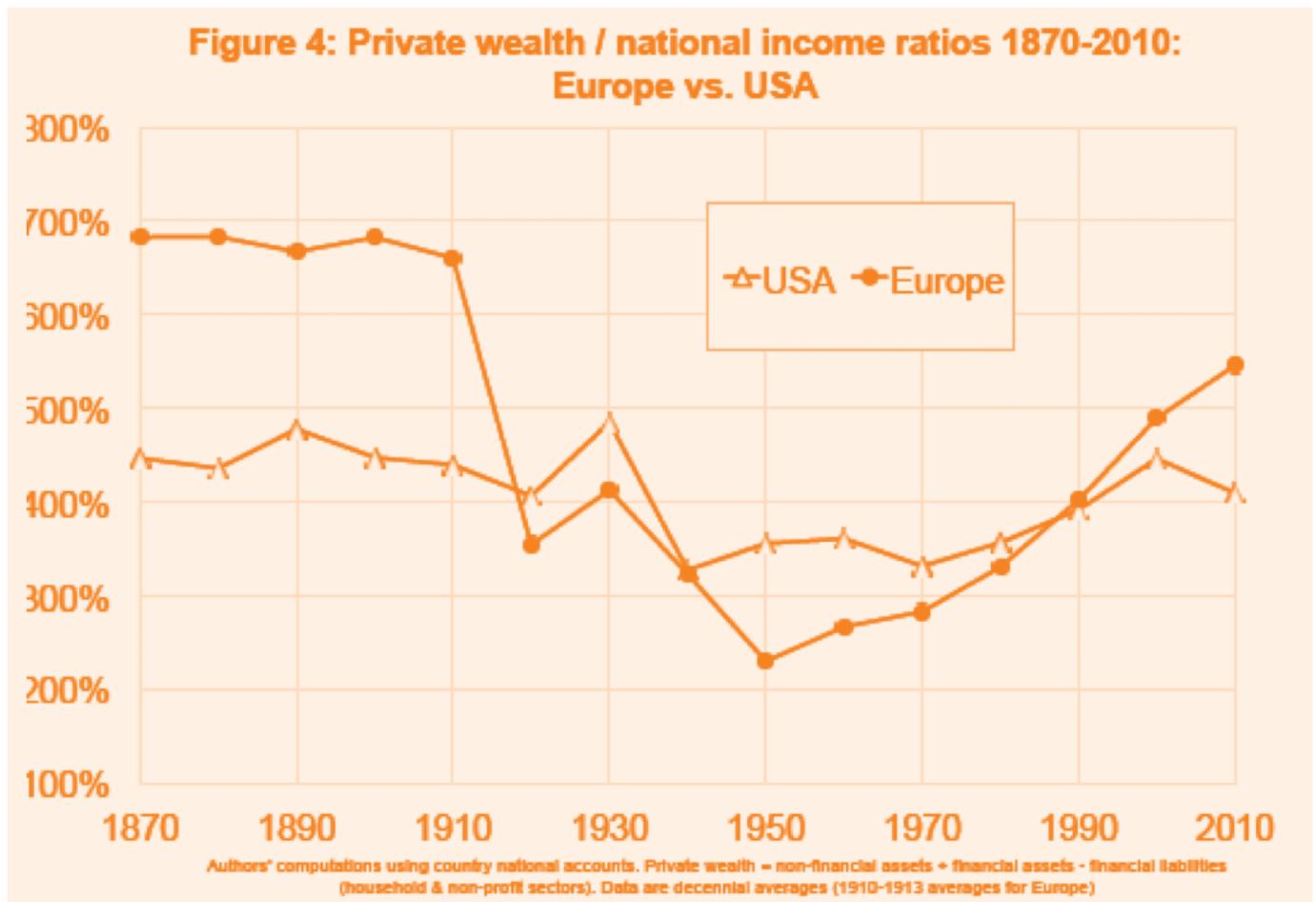
Schweiz, wer am meisten von den Produktivitätssteigerungen profitiert. Es sind im Gegensatz zu den USA nicht die Konsumenten, die von sinkenden Preisen profitieren (Nordhaus 2008, p. 17). Hartwig (2010a S.13) drückt das so aus: »Since wages also do not respond much to productivity growth ..., profit receivers are probably the main beneficiaries of technology progress.« Das stützt die Ergebnisse von Piketty und Zucman, wie wir unten sehen werden. Für einen größeren Wirtschaftsraum wie die OECD liegt der Befund von Hartwig (2010b) wieder näher bei dem für die USA. Noch besser wird Baumol bestätigt, wenn man die Daten für Japan weglässt.

Der Strukturwandel ist ein Kind der Innovationstätigkeit und wird uns erhalten bleiben. Punktuell lässt er sich durch besondere wachstumsfördernde Innovationsstrategien mildern, wie sie im Diskurs heute gebetsmühlenartig gefordert werden. Aber aus der globalen Verantwortung entlässt uns das nicht. Kein Land der EU oder der OECD kann seine Haut alleine retten. Es herrscht nämlich eine gewisse ausgleichende Gerechtigkeit und das ist die Saldenmechanik. An der Griechenlandkrise ist das aufgebrochen. Man kann leicht Exportweltmeister werden, wenn für die Liquidität der Käufer über Staatsanleihen gesorgt wird, für die nicht die Käufer mit ihrem Vermögen haften müssen, sondern die Steuerzahler mit ihrem Lebensstandard garantieren, wenn einmal zu wenig Geld für die Bedienung der Staatsschulden in der Staatskassa ist und die Refinanzierung nicht mehr klappt.

AUSHEBELUNG DER SALDENMECHANIK

Mit dem Ankauf von Rüstungsgütern generiert man heutzutage eben keine Wertschöpfung mehr, die eine Rückzahlung der Kredite ermöglicht. Und da die Banken der Lieferländer vermutlich unter höchstem politischen Wohlwollen – um nicht Druck zu sagen – griechische Staatsanleihen kauften, mussten die Systembanken der Lieferländer gerettet werden, mit Schirmen aus Steuergeld. Nicht einmal ein Haircut kam für die Anleihen, die die Banken halten, in Frage. Unmut regt sich, wenn so die Saldenmechanik ausgehebelt wird und es ist hoffentlich nur eine Frage der Zeit bis er konkret formuliert und politische Agenda ist.

Ungleichheit, befördert durch den Strukturwandel, wird ein immer drängenderes Problem. Surveys, aus der Befragung von Haushalten gewonnen, waren bis vor kurzem die wenig aussagekräftigen Quellen und Belege. Erst mit der Konstruktion neuer Datenbanken, basierend auf Steuerdaten, konnten Zeitreihen, die 100 Jahre und mehr zurückreichen, konstru-



iert und ausgewertet werden (Piketty und Saez, 2006; Piketty und Zucman, 2014). Die mühsam erarbeiteten Datenbanken aus Unterlagen von Finanzbehörden der einzelnen Länder folgen dem *UN System of National Accounts*. Aus diesen Datenbanken können Nettovermögenspositionen und Einkommen differenziert nach Kapitaleinkünften und Arbeitseinkommen ermittelt und Wealth/Income Ratios (β) berechnet werden. Aus der Fülle der sehr detaillierten Auswertungen bei Piketty und Zucman (2014, Anhang Figure 4), sei ein Vergleich der β -Werte für die USA und Europa ausgewählt. Bis vor dem ersten Weltkrieg dominieren die β -Werte der Belle Époque, die hauptsächlich auf ererbte Vermögen zurückzuführen sind, jene der USA, die zum Großteil auf »Schumpeter'schen Vermögen«, entstanden aus Innovation und Industrialisierung, zurückzuführen sind.

Der Absturz der β -Werte dauerte in Europa, abgesehen von einer Erholungsphase in der Zwischenkriegszeit, bis nach den zweiten Weltkrieg an. Von 1910 bis heute ist ein deutlich U-

förmiger Verlauf für Europa festzustellen. Für die USA ist ab 1929 ebenfalls ein deutlicher U-förmiger Verlauf zu konstatieren, der jedoch schwächer als der europäische ausfällt. Eine Erklärung dafür könnten die sogenannten »Super-Salaries« sein, die in den USA und England bezahlt werden. Sie gehen auf Kosten der Renditen und es ist noch nicht klar, inwieweit aus Super-Salaries auch nachhaltige Vermögenswerte werden.

In Europa beginnt in den 50er-Jahren eine beispiellose Aufbauphase, von der anfangs Einkommen aus Arbeit und Kapitaleinkünfte in etwa gleichermaßen profitieren. In diesen »glorreichen 30 Jahren«, wie sie auch genannt werden, wuchsen Löhne und private Vermögen ungefähr mit der gleichen Rate. Als sich dann in den 70er-Jahren erste Anzeichen des von Baumol prognostizierten Strukturwandels bemerkbar machten, begannen in Europa bis heute Reallöhne zu sinken und »Hartz-Reformen«, »Generation Praktikum« etc. stehen für das Ausbreiten prekärer Arbeitsverhältnisse. War bisher die Durchsetzung von »Recht auf Arbeit« hinreichend für den

Sozialstaat und ein Einkommen, von dem man auch den Lebensunterhalt bestreichen kann, ist das heute nicht mehr der Fall. »Recht auf Arbeit« muss ergänzt werden durch »Recht auf Einkommen«, von dem man auch leben kann. Für die, die Arbeit haben, sind gesetzlich geregelte Mindestlöhne ein Anfang.

Die Rückkehr des Kapitals in die Hände weniger Menschen (<0,1 Prozent der Bevölkerung) und die Möglichkeit, dieses Kapital zu vererben, ist Gift für den Wohlfahrtsstaat. Wie Beispiele aus der Geschichte zeigen, sinkt die Verantwortung der Patrone großer Vermögen der Allgemeinheit gegenüber bis sie völlig schwindet, weil man in extremer Ungleichheit wieder eine naturgegebene Ordnung zu sehen beginnt. Jedenfalls sind starke Tendenzen da, z. B. durch Think-tanks die öffentliche Meinung und die Politik in diese Richtung zu beeinflussen. Oder durch politisches Lobbying Akzente zu setzen, die auch allergrößte Vermögen und Einkommen schützen, zumindest solange es geht, am besten aber für immer. Anzeichen dazu mag man in den Aktionen der Tea-Party-Bewegung und der von ihr finanzierten Think-Tanks erkennen.

AUTOMATISMUS DER WACHSENDEN KAPITALEINKÜNFTE

Vereinzelt kann man allerdings bei Schöpfern riesiger Schumpeter'scher Vermögen, Vermögen die noch nicht vererbt wurden, eine interessante Einstellung zum Vererben erkennen. Die auf Nachkommen zukommenden Vermögensanteile werden zwar großzügig bemessen, aber doch beschränkt. Der Löwenanteil wird groß-karitativen Projekten übertragen (siehe z. B. die Initiativen von Warren Buffet und Bill Gates, die andere Superreiche animieren, es ihnen gleich zu tun). Ob man mit derartigen, hoffentlich gut gemeinten, letztlich aber unkoordinierten Aktionen prekäre Arbeitsverhältnisse und Armut bekämpfen kann, oder nachhaltig die Probleme der stagnierenden, aber umso wichtigeren Sektoren eines Wohlfahrtsstaates für eine innovationsgetriebene Wirtschaft und des daraus folgenden Strukturwandels effizient löst, sei dahingestellt.

Vererbt werden können nicht nur Vermögen, die inhärent politisch instrumentalisiert sind. Es geht auch anders herum, wie sich das vor allem in Europa zeigt. Viele politische Akteure und Funktionäre sind heute auf Positionen, wo sie auf Grund ihres persönlichen Stammbaums oder der gesellschaftlichen oder politischen Klasse, der sie angehören, sitzen. Sie sind im besonderen Maße politischem Lobbying und der

daraus geformten politischen Meinung ausgesetzt. Beispiele gibt es zu Hauf aus der jüngsten Vergangenheit, wie z. B. zu Beginn dieses Jahrtausends, wo ökonomische und politische Vernunft gegen die Grundstimmung für einen Turboliberalismus, von dem wir uns nur langsam erholen, offenbar nichts ausrichten konnte.

Es wird viel Kreativität und gesellschaftliche Innovationen brauchen, den Automatismus der wachsenden Kapitaleinkünfte aus dem Strukturwandel zu unterbrechen, ohne die Wirtschaft abzuwürgen, ohne Maschinenstürmereien zu provozieren. 

ADOLF STEPAN

ist Emeritus am Institut für Managementwissenschaften
der Technischen Universität Wien.

LITERATUR:

Arbeitskreis Finanzierung, Asset Backed Securities – ein neues Finanzierungsinstrument für deutsche Unternehmen?, HZfbf Heft 6, 1992, 495 – 530 | **Baumol, William J.**, Macroeconomics of Unbalanced Growth: The Anatomy of Urban Crisis, AER, Vol 57, No.3, 1967, 415-426 | **Hartwig, Jochen**, Baumol's Diseases: The Case of Switzerland, KOF Working Papers Nr. 250, ETH Zürich, Jänner 2010, (www.kof.ethz.ch) | **Hartwig, Jochen**, Testing the growth effects of structural change, KOF Working Papers Nr. 264, ETH Zürich, September 2010, (www.kof.ethz.ch) | **Nordhaus, William D.**, Baumol's Diseases: A Macroeconomic Perspective, The B.E. Journal of Macroeconomics, Vol. 8/1/9, 2008 (<http://www.bepress.com/bejm/vol8/iss1/art9>) | **Nordhaus, William D.**, Schumpeterian Profits in the American Economy – Theory and Measurement, NBER Working Paper 10433, (<http://www.nber.org/papers/w10433>) Cambridge, MA, 2004 | **Piketty, Thomas**, Emmanuel Saez, The Evolution of Top Incomes: A Historical and International Perspective, NBER Working Paper 11955, (<http://www.nber.org/papers/w11955>) Cambridge, MA, 2006 | **Piketty, Thomas**, Gabriel Zucman, Capital is back: Wealth-Income Ratios in Rich Countries 1700-2010, OJE 2014 forthcoming (<http://gabriel-zucman.eu/files/PikettyZucman2014OJE.pdf>) (<http://piketty.pse.ens.fr/fr/capitalisback>) | **Steinherr, Alfred**, Derivatives – The Wild Beast of Finance: A Path to Effective Globalisation?, Wiley, Chichester UK, 2000 | **Stepan, Adolf**, Corporate Entrepreneurship, Cluster und Innovationsmanagement, in: Hermann Frank, Corporate Entrepreneurship, facultas Verlag, 2. Auflage, Wien 2006, 210 – 230

Wissenschaft und Forschung im Gesundheitswesen

Maria M. Hofmarcher zeigt in ihrem Beitrag, dass Forschung & Entwicklung gerade im Gesundheitssystem erhebliches Potential hat, den Gesundheitszustand und die Lebensqualität der Bevölkerung weiter zu verbessern, Arbeitsplätze für hochqualifizierte Beschäftigte und dabei insbesondere für Frauen zu schaffen und drittens den Ressourceneinsatz im Gesundheitswesen zu optimieren. F&E im Gesundheitsmarkt müsse daher verstärkt ausgebaut werden. Folgt die F&E-Performance des Gesundheitsmarkt den gesamtstaatlichen Zielsetzungen im Rahmen der EU-2020-Ziele, sind bis 2020 insgesamt geschätzte 530 Mio. Euro zusätzlich erforderlich.

Die österreichische Gesundheitspolitik folgt über Parteigrenzen hinweg dem Leitmotiv, den Zugang zu qualitativ hochwertiger Versorgung für alle gleich und unabhängig von Einkommen, Alter und Geschlecht sicherzustellen. Es besteht umfassender Krankenversicherungsschutz, der den Zugang zu einem breiten Leistungsangebot für alle Bevölkerungsschichten garantiert. Selbstbehalte und andere private Ausgaben entwickeln sich im Vergleich zum öffentlichen Sektor moderat, im internationalen Vergleich ist das Niveau dieser Finanzierungsbeiträge aber hoch. Gleichzeitig stellen jedoch viele Ausnahmebestimmungen, wie z. B. die Rezeptgebührenobergrenze, einen niederschweligen Zugang zur Gesundheitsversorgung sicher. Neben der sozialen Krankenversicherung trägt das Steuersystem einen wesentlichen Teil zur Finanzierung des österreichischen Gesundheitswesens bei, wodurch die Finanzierung des Gesundheitssystems relativ fair ist. Die einkommensbezogene Ungleichheit im Zugang zu Hausärzt/inn/en ist im OECD-Vergleich sehr gering (Devaux M, de Looper M 2012). In regelmäßig durchgeführten Erhebungen geben mehr als 90 Prozent der Befragten an, dass das österreichische Gesundheitssystem sehr gut oder ziemlich gut ist. Dabei wird insbesondere der leichte Zugang zur Versorgung geschätzt (Eurobarometer 2010).

Nichtsdestotrotz weist das österreichische Gesundheitswesen im internationalen Vergleich Verbesserungsbedarf auf. Zum einen bestehen erhebliche Ungleichgewichte in der Versorgungsstruktur, starke regionale Unterschiede in der Versorgung und soziale Ungleichheiten in der Inanspruchnahme medizinischer Leistungen. Die einkommensbezogene

Ungleichheit im Gesundheitszustand hat seit 2005 zugenommen, wenngleich das Niveau im internationalen Vergleich relativ niedrig ist (Eurostat 2010).

Die Kosten des Gesundheitssystems in Österreich sind hoch. Sie liegen sowohl absolut als auch in Prozent des BIP deutlich über dem Durchschnitt der EU-15. Jedoch liegt die Anzahl der gesunden Lebensjahre in Österreich im Jahr 2010 fast drei Jahre unter dem EU-Schnitt. Internationale und nationale Studien weisen darauf hin, dass das Niveau der Effizienz des österreichischen Gesundheitswesens stark verbessert werden könnte. Eine wesentliche Ursache für ungenutzte Effizienzpotenziale des österreichischen Gesundheitswesens ist die Fragmentierung der Verantwortlichkeiten und die damit in Zusammenhang stehende fragmentierte Finanzierung (Hofmarcher 2013a). In Gesundheitsreformen der letzten Jahre wurden erste zaghafte Schritte gesetzt, die Auswirkungen dieser Fragmentierung zu mildern. Seit der Reform 2013 wird außerdem versucht, die Nachhaltigkeit der Versorgung mit breit zugänglichen, hochqualitativen Leistungen für alle unter Zuhilfenahme gesamtstaatlicher Ausgabensteuerung zu unterstützen (Hofmarcher 2013b).

Eine sozial orientierte und progressive Steuerung ist wichtig, zumal das gut ausgebaute Gesundheitssystem erhebliche Potentiale hat, direkt und indirekt Wachstum zu fördern. Erstens ist Forschung und Entwicklung (F&E) im Gesundheitsbereich eine zentrale Voraussetzung dafür, dass durch neue und innovative Produkte und Leistungen der Gesundheitszustand weiter verbessert wird und die Lebensqualität der Bevölkerung steigt. In diesem Zusammenhang ist sicherzustellen,

dass der breite Zugang zu Leistungen durch angewandte Forschung und gezielte Technologiebewertungen sichergestellt wird. Zweitens steigt die Beschäftigung im Gesundheitswesen stark und überkompensiert zusammen mit dem Dienstleistungssektor in Österreich und anderen EU-Ländern Rückgänge von Beschäftigung z. B. in der Industrieproduktion. Um die Produktivität der wachsenden Beschäftigung in diesem Bereich weiter auszubauen ist Versorgungsforschung wichtig. Letztlich sind Investitionen in Wissenschaft und Grundlagenforschung im Gesundheitsbereich Garant für zukünftiges Wachstum (Weisbrod 1991, Prades 1999). Im Rahmen von EU 2020 hat sich Österreich zum Ziel gesetzt, die Forschungsausgabenquote bis 2020 auf 3,76% des Bruttoinlandsproduktes, ausgehend von dem aktuellen Niveau (ca. 2,8%), zu erhöhen (WIFO 2014).

Dieser Artikel zielt darauf ab, einen Einblick in die Aktivitäten von Forschung und Entwicklung im österreichischen Gesundheitswesen zu geben und den Finanzierungsbedarf in diesem Bereich auf Basis der österreichischen EU-2020-Ziele bis 2020 abzuschätzen. Aktivitäten im Bereich Forschung und Entwicklung im Gesundheitswesen werden in den Universitätskliniken, den Landeskrankenanstalten und im Unternehmenssektor getätigt. F&E-Aktivitäten in diesem Sektor werden zweijährlich von der Statistik Austria erhoben. Dem Gesundheitsmarkt im Unternehmenssektor ordne ich die Herstellung von pharmazeutischen Erzeugnissen, von medizintechnischen Geräten, von medizinischen, zahnmedizinischen Apparate und Forschung und Entwicklung im Bereich Biotechnologie¹ zu. Die in diesem Artikel verwendeten Daten kommen von Statistik Austria, von der Eurostat-Datenbank und vom Wirtschaftsforschungsinstitut (WIFO).

F&E IN RELEVANTEN BEREICHEN DES GESUNDHEITSMARKTES ENTWICKELT SICH DYNAMISCH

2011 wurden in Österreich geschätzte 1,016 Mio Euro F&E-Ausgaben im Gesundheitswesen eingesetzt, was einem Anteil von ca. 13 Prozent an den gesamten F&E-Ausgaben bzw. etwa 0,34 Prozent des Bruttoinlandsproduktes entspricht [Tabelle 1]. Gegenüber 2007 stiegen die F&E-Ausgaben im Gesundheitswesen jährlich 6,2 Prozent. Im Vergleich dazu wuchsen die geschätzten, gesamten F&E-Ausgaben etwa fünf Prozent pro Jahr. Die Dynamik dieser Entwicklung ging sowohl vom öffentlichen Sektor als auch vom Unternehmenssektor aus, wobei durch offensive Maßnahmen im F&E-Bereich in den letzten Jahren die Ausgaben im gesamten öffentlichen F&E-Bereich noch deutlicher stiegen (+7,2% pro Jahr).

Während der Anteil der öffentlichen »Gesundheits«-F&E-Ausgaben an den gesamten F&E-Ausgaben im Gesundheitssektor 2011 47 Prozent (478 Mio. Euro) betrug, war dieser Anteil bei den gesamten F&E-Ausgaben bei etwa 29 Prozent. Dies spiegelt die Bedeutung des Gesundheitswesens als öffentliche Aufgabe wider und weist auf das Zukunftspotential von F&E-Investitionen in diesem Bereich hin. Innerhalb der gesamten öffentlichen F&E-Ausgaben sind Investitionen im Gesundheitswesen einer der wichtigsten Bereiche (20,8%)², an dritter Stelle nach »Förderung der allgemeinen Erweiterung des Wissens« (30,4%), und »Förderung von Handel, Gewerbe und Industrie« (27,6%).

53 Prozent oder geschätzte 538 Mio. Euro der F&E-Ausgaben wurden auf der Ebene von Unternehmen getätigt, die dem Bereich Gesundheit zugeordnet wurden. Besonders auffällig ist das dynamische Wachstum im Bereich Biotechnologie, wo mehr als die Hälfte der gesamten, gesundheitsrelevanten F&E-Unternehmensausgaben getätigt wurden. Diese Ausgaben wuchsen zwischen 2009 und 2011 jährlich um fast 36 Prozent. Die Zuordnung der Biotechnologie zum Gesundheitswesen bewirkt auch, dass insgesamt die F&E-Ausgaben in Unternehmen stärker wuchsen (+6,1% pro Jahr) als im Unternehmenssektor insgesamt (+4,1% pro Jahr). Auch im Bereich der Herstellung medizinischer und zahnmedizinischer Apparate und Erzeugnisse ist die Wachstumsdynamik stark (+18% pro Jahr), gefolgt von F&E Ausgaben bei Bestrahlungs- und Elektrotherapiegeräten, jedoch mit deutlich niedrigeren Wachstumsraten.

Der Bereich pharmazeutische Erzeugnisse ist in den Unternehmensausgaben mit etwa 170 Mio. Euro (2011) quantitativ sehr bedeutsam, hatte aber seit 2009 mit fast -12 Prozent pro Jahr deutliche Einbrüche zu verzeichnen. Rückgänge in diesem Unternehmensbereich zeigen sich auch in anderen europäischen Ländern wie Dänemark, Frankreich, aber auch im Vereinigten Königreich und spiegelt den globalen Strukturwandel in der pharmazeutischen Industrie wider (IHT 2011). Insgesamt liegen die pro Kopf F&E-Ausgaben im österreichischen Unternehmenssektor über jenen in der EU-28 oder den Euroländern, in Dänemark, Deutschland und Schweden jedoch noch deutlicher (Eurostat 2014)³.

PROBLEMKIND UNIVERSITÄTSKLINIKEN?

2011 wurden etwa 10 Prozent der F&E-Hochschulmittel oder 208 Mio. Euro in den Universitätskliniken aufgewendet [Tabelle 2], die seit 2002 um lediglich 1,2 Prozent pro Jahr stie-

gen und damit auch sichtbar hinter der Ausgabenentwicklung im stationären Sektor (+4,5 % pro Jahr) zurückblieben. Im Gegensatz dazu stiegen die F&E-Ausgaben in den Landeskrankenanstalten⁴ in etwa im Gleichschritt mit den gesamten F&E-Ausgaben (+6,4 % pro Jahr) und stärker als im Sektor Staat insgesamt (+5,3 % pro Jahr). F&E-Ausgaben im stationären Sektor erreichten 2011 2,8 % der gesamten Ausgaben für stationäre Versorgung, gegenüber 2002 fielen sie um 0,3 Prozentpunkte.

BIOTECHNOLOGIE-JOBS SIND WICHTIG GEWORDEN UND GUT FÜR DIE FRAUEN

2011 waren geschätzte 13.500 Personen (Vollzeitäquivalente) im F&E-Bereich Gesundheit tätig, was einem Anteil von 32 Prozent an der gesamten Anzahl von F&E-Beschäftigten entsprach [Tabelle 3]. Die Anzahl der Jobs im Bereich der Humanmedizin blieben seit 2007 fast unverändert, außer im Sektor Staat, wo sie um 7,9 % pro Jahr wuchsen. Die Entwicklung in der Humanmedizin war ja bereits durch das moderate Wachstum der F&E-Ausgaben im Bereich Universitätskliniken erkennbar.

Gegenüber 2007 wuchs der F&E-Arbeitsmarkt im Gesundheitsbereich jährlich um knapp 3 Prozent und damit deutlich weniger stark als die F&E-Ausgaben im selben Zeitraum (+6,2 % pro Jahr). Dies deutet auf den wachsenden Einsatz hochqualifizierter Forscher/inn/en hin. Innerhalb des Unternehmenssektors ist die Entwicklung jedoch unterschiedlich. Während viele Jobs im Bereich pharmazeutische Erzeugnisse in den letzten Jahren verloren gegangen sind (-12,3 % pro Jahr seit 2007), wurden diese Einbrüche durch neue Jobs im Bereich Biotechnologie stark überkompensiert (+44 % pro Jahr seit 2007). In Biotechnologie-Unternehmen wurden 2011 mehr Frauen als Männer beschäftigt, was auf die Bedeutung dieser Branche für die Beschäftigung von hochqualifizierten Frauen hinweist. Auch im Bereich pharmazeutische Produkte ist das Verhältnis von männlich Beschäftigten zu weiblich Beschäftigten fast ausgeglichen (Statistik Austria 2014).

F&E-AUSGABEN IM GESUNDHEITSWESEN UND DIE EU-2020-ZIELE

Die Europäische Wachstumsstrategie Europa 2020 versucht, intelligentes, nachhaltiges und integratives Wirtschaftswachstum zu fördern. Österreich hat sich im Rahmen dieser Strategie zur Erreichung von definierten Zielen in Bereichen Forschung, Bildung, Beschäftigung, Armut und Umwelt bis zum Jahr 2020 verpflichtet, Zielwerte zu erreichen. So wird bei-

spielsweise eine F&E-Quote von 3,76 % des BIP im Jahr 2020 angestrebt. Diese Quote befindet sich derzeit nicht auf ihrem Zielpfad (Austrian Council 2014). Allerdings hat der Bereich F&E eine umfassende Strategie (FTI Strategie 2020), die fast alle Engpässe berücksichtigt, um sowohl die F&E-Quote als auch intelligentes Wachstum insgesamt zu fördern. Dementsprechend kommt es hier auf die Umsetzung an (Janger et al 2014).

Abbildung 1 simuliert den Beitrag des Gesundheitswesens zu dieser Zielerreichung. Unter gegebener Struktur wie definiert in Tabelle 1 und unter Heranziehung von WIFO-definierten Wachstumspfaden (Janger et al. 2014, Tabelle 1) müssen bis 2020 die Forschungsausgaben auf geschätzte 1,745 Mrd. Euro für relevante Bereiche von Gesundheit erhöht werden. Ausgehend vom Jahr 2014 verteilt sich die Investitionslast mit 176 Mio. Euro auf den öffentlichen Sektor und mit geschätzten 350 Mio. Euro auf relevante Unternehmen. Insgesamt besteht demnach bis 2020 ein F&E-Investitionsbedarf im Gesundheitsmarkt in der Höhe von etwa 526 Mio. Euro, um gleichschrittig zum Erreichen der EU-2020-Ziele im F&E Bereich beizutragen. Weitere Analysen in diesem Bereich müssten progressivere Annahmen treffen. Eine gute Alternative zu dieser strukturkonformen Simulation wäre beispielsweise die zukünftige F&E-Forschungsperformance im Gesundheitsmarkt an EU »innovation leader« zu orientieren, die sowohl höhere Forschungsleistungen in diesem Bereich haben als auch eine gut ausgebaute, breit zugängliche Versorgung, z. B. Dänemark oder Schweden.

DIE HEILSAME ZUKUNFT

F&E in relevanten Bereichen der Gesundheitsversorgung hat erhebliches Potential um erstens den Gesundheitszustand und die Lebensqualität der Bevölkerung weiter zu verbessern, zweitens Arbeitsplätze für hochqualifizierte Beschäftigte und dabei insbesondere für Frauen zu schaffen und drittens den Ressourceneinsatz im Gesundheitswesen zu optimieren, damit das Niveau der Effizienz steigt. Österreich hat im internationalen Vergleich in all diesen Bereichen Aufholbedarf.

Grundlegende Anstrengungen sind daher gefordert, damit intelligentes und nachhaltiges Wachstum auch über eine progressive, evidenz-basierte Weiterentwicklung der Gesundheitsversorgung sichergestellt werden kann. F&E im Gesundheitsbereich kann dazu beitragen und muss daher verstärkt ausgebaut werden. Dabei ist neben wissenschaftlicher Grundlagenforschung insbesondere der Bereich Versorgungsfor-

Tabelle 1: F&E im Gesundheitswesen wächst stark und ist dominant im öffentlichen Sektor angesiedelt

| | 2007 | 2009 | 2011 | JWR 2007-2011 |
|----------------------------------------------------------------------|----------------|------------------|------------------|---------------|
| Ausgaben für F&E: Summe Öffentlich+Unternehmen, 1000 EUR | 6.616.005 | 7.242.689 | 8.028.532 | 5,0 |
| Öffentlich# | 1.770.144 | 2.149.787 | 2.335.691 | 7,2 |
| davon Gesundheit | 373.431 | 456.544 | 477.955 | 6,4 |
| % F&E Ausgaben Gesundheit gesamt | 46,8 | 44,0 | 47,0 | |
| Unternehmen | 4.845.861 | 5.092.902 | 5.692.841 | 4,1 |
| davon Gesundheit§ | 424.897 | 582.002 | 538.355 | 6,1 |
| Pharmazeutische Erzeugnisse | 280.123 | 192.526 | 170.302 | -11,7 |
| Bestrahlungs- und Elektrotherapiegeräten, elektromedizinische Geräte | 44.603 | 40.625 | 52.544 | 4,2 |
| Medizinische und zahnmedizinische Apparate Erzeugnisse | 17.125 | 36.906 | 33.146 | 18,0 |
| Forschung und Entwicklung im Bereich Biotechnologie& | 83.046 | 311.945 | 282.363 | 35,8 |
| % F&E Ausgaben Gesundheit gesamt | 53,2 | 56,0 | 53,0 | |
| F&E Gesundheit, Öffentlich + Unternehmen | 798.328 | 1.038.546 | 1.016.310 | 6,2 |
| in % Ausgaben für F&E insgesamt | 12,1 | 14,3 | 12,7 | |
| F&E Gesundheit Unternehmen % Unternehmen gesamt | 16,5 | 20,4 | 17,9 | |
| F&E Gesundheit Öffentlich % Öffentlich gesamt | 21,1 | 21,2 | 20,5 | |
| <i>Memorandum Items</i> | | | | |
| F&E öffentlich gesamt % gesamt F&E | 26,8 | 29,7 | 29,1 | |
| F&E Unternehmen gesamt % gesamt F&E | 73,2 | 70,3 | 70,9 | |
| Ausgaben für F&E insgesamt % BIP | 2,41 | 2,62 | 2,68 | |
| Ausgaben für F&E Gesundheit insgesamt % BIP | 0,29 | 0,38 | 0,34 | |
| Ausgaben für F&E insgesamt, gemäß STAT AT | 6.867.815 | 7.479.745 | 8.276.335 | |

Gemäß „GBAORD“-Konzept (Government budget appropriations or outlays for R&D); § inklusive öffentliche Mittel z.B. 2011: pharmazeutische Erzeugnisse: ca 21 Mio Euro; Medizinische und zahnmedizinische Apparate Erzeugnisse: ca 3,8 Mio. Euro ; Biotechnologie: 44,6 Mio. Euro; JWR: Jahresdurchschnittliche Wachstumsrate, & enthält auch Aktivitäten von Unternehmen im Bereich Landwirtschaft, Umweltschutz und Industrie

Quelle: Statistik Austria, Eurostat, 2014, eigene Berechnungen

Tabelle 2: F&E in Universitätskliniken wächst zaghaft

| | 2002 | 2004 | 2006 | 2007 | 2009 | 2011 | JWR | |
|---------------------------------------------------------------------------|------------------|------------------|------------------|------------------|------------------|------------------|------------|------------|
| | | | | | | | 2007-2011 | 2002-2011 |
| Ausgaben für F&E insgesamt, 1000 EUR | 4.684.313 | 5.249.546 | 6.318.587 | 6.867.815 | 7.479.745 | 8.276.335 | 4,8 | 6,5 |
| Hochschulsektor | 1.266.104 | 1.401.649 | 1.523.160 | 1.637.277 | 1.951.845 | 2.117.553 | 6,6 | 5,9 |
| davon Universitätskliniken | 187.311 | 183.954 | 193.936 | 194.927 | 208.010 | 207.890 | 1,6 | 1,2 |
| Sektor Staat | 266.428 | 269.832 | 330.232 | 367.300 | 399.093 | 425.222 | 3,7 | 5,3 |
| davon Landeskrankenanstalten | 86.511 | 98.165 | 114.432 | 130.465 | 149.137 | 150.655 | 3,7 | 6,4 |
| Unternehmenssektor | 3.130.884 | 3.556.479 | 4.448.676 | 4.845.861 | 5.092.902 | 5.692.841 | 4,1 | 6,9 |
| F&E UniKliniken+LKAAnstalten | 273.822 | 282.119 | 308.368 | 325.392 | 357.147 | 358.545 | 2,5 | 3,0 |
| <i>Memorandum item</i> | | | | | | | | |
| Gesamte Ausgaben für stationäre Versorgung, SHA§ | 8.738.685 | 9.568.052 | 10.535.686 | 11.002.807 | 12.304.486 | 13.021.400 | 4,3 | 4,5 |
| F&E UniKliniken+LKAAnstalten % Gesamte Ausgaben für stationäre Versorgung | 3,1 | 2,9 | 2,9 | 3,0 | 2,9 | 2,8 | | |

§ inklusive Langzeitversorgung, SHA: System of Health Accounts, JWR: Jahresdurchschnittliche Wachstumsraten

Quelle: Statistik Austria, STATcube – Statistische Datenbank von STATISTIK AUSTRIA, eigene Berechnungen

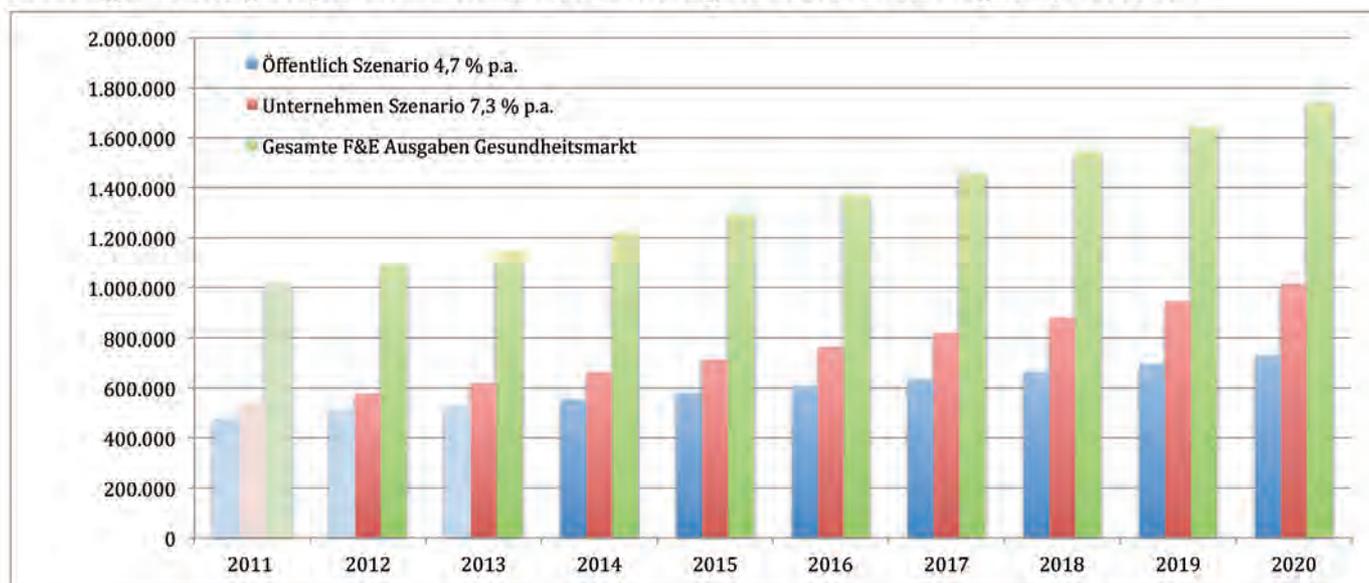
Tabelle 3: Jobverluste in Pharma und Gewinne im Bereich Biotechnologie prägen die F&E Arbeitsmarktentwicklung im Gesundheitsmarkt

| F&E Beschäftigte im Gesundheitswesen in 1000 VZÄ | | | | | | JWR | |
|------------------------------------------------------------|---------------|---------------|---------------|---------------|---------------|------------|------------|
| | 2004 | 2006 | 2007 | 2009 | 2011 | 2004-2007 | 2007-2011 |
| Hochschulsektor | | | | | | | |
| Humanmedizin | 8.699 | 9.128 | 9.559 | 9.748 | 9.994 | 2,0 | 1,1 |
| Sektor Staat | | | | | | | |
| Humanmedizin | 244 | 266 | 247 | 310 | 335 | 4,6 | 7,9 |
| Unternehmenssektor | | | | | | | |
| Pharmazeutische Erzeugnisse | 1.174 | 1.323 | 1.521 | 852 | 899 | -3,7 | -12,3 |
| Medizinische und zahnmedizinische Apparate und Materialien | 197 | 299 | 320 | 364 | 372 | 9,5 | 3,8 |
| Forschung und Entwicklung, Biotechnologie& | 290 | 273 | 426 | 1.639 | 1.878 | 30,6 | 44,9 |
| Gesundheit, insgesamt | 10.604 | 11.288 | 12.072 | 12.914 | 13.478 | 3,5 | 2,8 |
| F&E Beschäftigte Insgesamt | 29.143 | 34.126 | 36.989 | 38.303 | 42.098 | 5,4 | 3,3 |
| Gesundheit % F&E insgesamt | 36,4 | 33,1 | 32,6 | 33,7 | 32,0 | | |
| <i>Memorandum Items</i> | | | | | | | |
| Gesamte Beschäftigung im Gesundheitswesen§ | 313.600 | 348.300 | 346.500 | 344.400 | 362.300 | 2,1 | 1,1 |
| F&E Gesundheit % Gesamte Beschäftigung im Gesundheitswesen | 3,4 | 3,2 | 3,5 | 3,7 | 3,7 | | |

VZÄ: Vollzeitäquivalent, JWR Jahresdurchschnittliche Wachstumsrate, § Kopffzahlen, & enthält auch Aktivitäten von Unternehmen im Bereich Landwirtschaft, Umwelt und Industrie

Quelle: Statistik Austria, STATcube – Statistische Datenbank von STATISTIK AUSTRIA, Eurostat 2014, eigene Berechnungen

Abbildung 1: F&E Ausgabenpfad Gesundheitsmarkt zur Erreichung des EU 2020 F&E Zieles gesamt, in 1000 Euro



Prognose: öffentliche Ausgaben 2014 bis 2020, Unternehmen: 2012 bis 2020, p.a. per anno

Quelle: Statistik Austria 2014, WIFO 2014, eigene Berechnungen

schung zu berücksichtigen, der in Österreich deutlich unterentwickelt ist (Pulker 2014).

Erstens, technologische Innovationen und neue Produkte müssen durch gezielte Technikfolgenabschätzungen breit zugänglich gemacht werden, damit insbesondere der Zugang zu solchen Leistungen von benachteiligten Gruppen und Kindern gefördert wird. Dies verlangt strategisch orientierte und höhere Investitionen in angewandte Forschung.

Zweitens, verstärkter Aus- und Aufbau von Versorgungsforschung ist notwendig, damit (a) die Wissensbasis über gesundheitlich bedingte Ungleichheiten transparent und zugänglich verbessert wird und (b) Daten und Informationen zu Über-Unter- und Fehlversorgung bereitgestellt sind, um analytisch informiertes und sozialdemokratisch orientiertes Politikhandeln zu fördern.

Drittens, die Grundlagenforschung im Bereich Biotechnologie muss durch adäquate Standortpolitik und weitere Internationalisierung gestärkt werden, die Nachfrage nach hochqualifizierten Jobs fördert. Dies könnte Anreize z.B. in der KMU-Förderung vorsehen, die Beschäftigung von hochqualifizierten Frauen weiter auszubauen.

Letztlich ist sicherzustellen, dass sich F&E-Ausgaben in Universitätskliniken an der deutlich dynamischeren Entwicklung der Aktivitäten im gesamten Hochschulsektor orientieren. Weiters ist erforderlich solche Ausgaben innerhalb von Landeskrankenhäusern – dort wo angemessen – strategisch mit den Aktivitäten von Universitätskliniken zu bündeln. Dies könnte im Rahmen gesamtstaatlicher Bemühungen erzielt werden, die fragmentierte Förderlandschaft zu reformieren. 🍀

MARIA M. HOFMARCHER

ist Ökonomin und Expertin für Gesundheitssysteme und Gründerin von HealthSystemIntelligence.

1. Dieser Bereich enthält auch Ausgaben für Landwirtschaft, Umweltschutz und Industrie; auf Basis der Erhebungsnomenklatur, die der Autorin vorliegt, kann jedoch davon ausgegangen werden, dass der Löwenanteil der Forschungsausgaben im Bereich Biotechnologie dem Gesundheitssektor zurechenbar ist. Außerdem sind biotechnologische Innovationen im Bereich Umwelt und Industrie wesentlich für verbesserte gesundheitliche

Umweltbedingungen und rechtfertigen damit auch die Berücksichtigung der gesamten Kategorie. Ein Teil gesundheitsrelevanter F&E-Ausgaben (»Forschung und Entwicklung für die Behandlung von Krankheiten, die vorbeugende Hygiene, die Pharmazie etc.«) unter der Position Sonstige F&E-Ausgaben musste unberücksichtigt bleiben, da die Daten nicht detailliert verfügbar sind.

2. Auf Ebene des Siebenten Rahmenprogrammes der EU wurde für Gesundheitsforschung 482 Mill. € oder 19,3% der gesamten Mittel für Gesundheit- und Life-Science-Forschung (ca. 2,5 Mrd. Euro zwischen 2007 und 2010) aufgewendet (Ettelt & Mays, 2011, S. 176).
3. Diese Daten sind von der Autorin erhältlich
4. F&E-Ausgaben in Landeskrankenhäusern wurden jedoch nicht detailliert erhoben, sondern es wurden Schätzungen der Landesregierungen herangezogen. Nachdem Universitätskliniken in einigen Fällen auch Landeskrankenhäusern sind, ist davon auszugehen, dass ein Teil der F&E-Aktivität von Universitätskliniken in diesem Bereich verbucht sind.

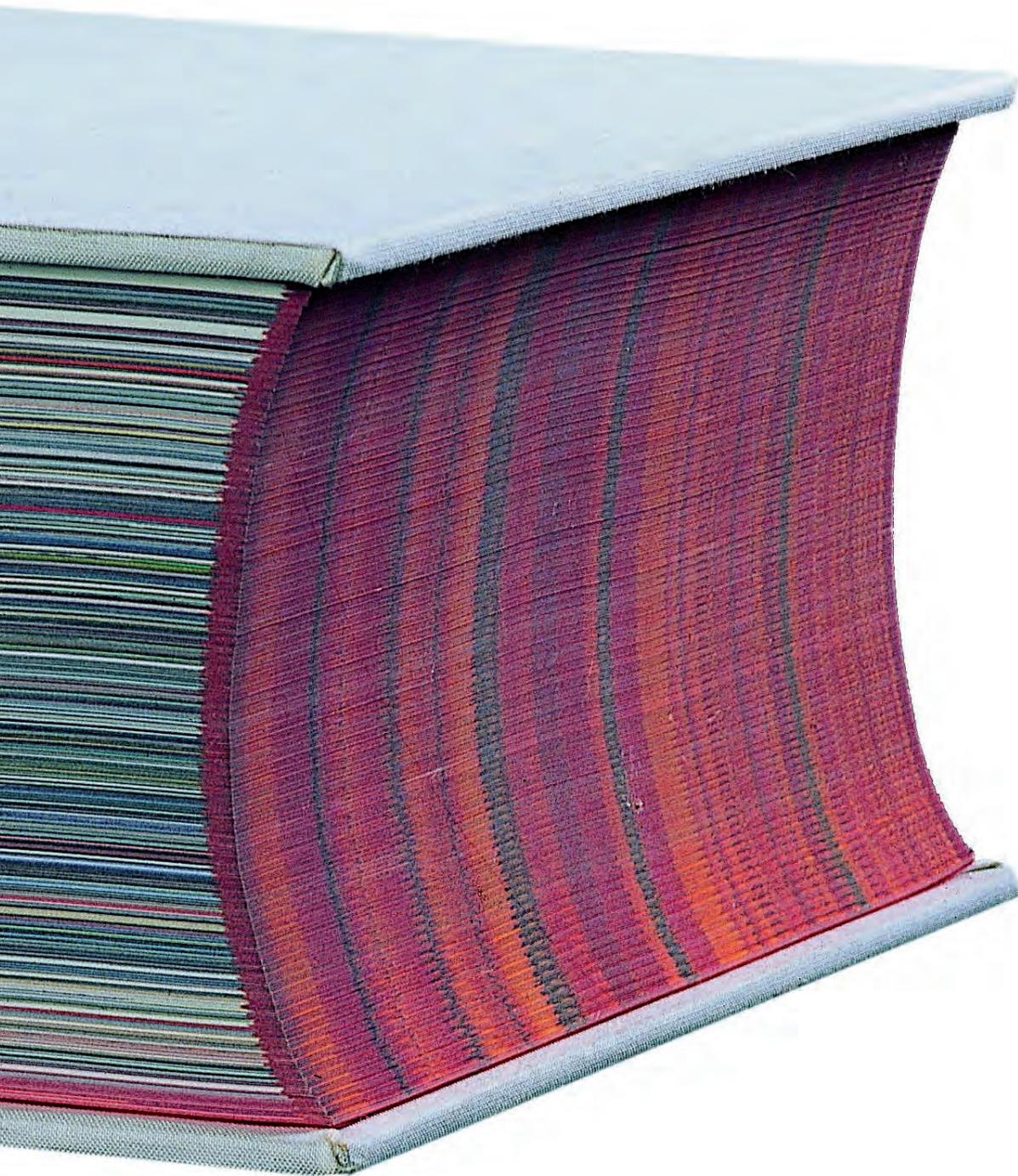
LITERATUR

Austrian Council (2014), Rat für Forschung und Technologieentwicklung, Bericht zur wissenschaftlichen und technologischen Leistungsfähigkeit Österreichs, Wien, Juni 2014 | **Devaux M, de Looper M** (2012), Income-Related Inequalities in Health Services Utilisation in 19 OECD Countries, 2008-2009. OECD Health Working Papers, 58. Paris, Organisation for Economic Co-operation and Development (OECD) | **Ettelt, S., & Mays, N.** (2011), Health Services Research in Europe and its use to inform policy. In H. Europe, Health Services Research into European Policy and Practice – Final report of the HSREPP project (S. 167-208). Utrecht: NIVEL | **Eurobarometer** (2010). Perceptions Regarding Quality of Healthcare. Special Eurobarometer, 327. Brussels | **Eurostat** (2010). Analysing the socioeconomic determinants of health in Europe: new evidence from EU SILC. Luxembourg, Publications Office of the European Union | **Eurostat** (2014), [website]. (http://epp.eurostat.ec.europa.eu/portal/page/portal/statistics/search_database, abgerufen im Juni 2014) | **Hofmarcher MM** (2013a), Das Österreichische Gesundheitssystem, Akteure, Daten, Analysen, Medizinisch Wissenschaftliche Verlagsgesellschaft 2013, Berlin 2013 | **Hofmarcher MM, E.v. Ginneken, W. Quentin** (2013b), The Austrian Health System: Governed coordination: a remedy for fragmentation?, EuroHEALTH, Vol 13, No 3, 2013 | **IHT** (2011): Patent Woes Threaten Drug Firms, by Duff Wilson, International Herald Tribune, published March 7, 2011 | **Janger J. et al** (2014), Monitoring Austria's effort with the EU 2020 strategy, Update 2013-14, Report commissioned by the Federal Chancellery, WIFO Wien February 2014 | **Pardes H, Manton K, Lander E, Tolley HD, Ullian AD, Palmer H.** Effects of medical research on health care and the economy. Science 1. 1999;283(January): 36-37. doi: 10.1126/science.283.5398.36 | **Pulker, M-T** (2014), Versorgungsforschung, Notwendigkeit für die Weiterentwicklung der Gesundheitsversorgung Österreichs MASTERTHESIS, IMC Fachhochschule Krems | **Weisbrod BA.** The health care quadrilemma. An essay on technological change, insurance, quality of care, and cost containment. Journal of Economic Perspectives. 1991; 29 (2): 523-52.



VORBILDER

150 JAHRE MAK



Irma Boom
SHV Think Book, 1996
© Irma Boom

Abwanderungsdrohungen als Mittel im Klassenkampf

Immer wieder werden der »Standort Österreich« und soziale wie ökologische Errungenschaften durch Abwanderungsdrohungen von Konzernherren und WirtschaftsvertreterInnen in Frage gestellt. Bettina Csoka, Franz Gall und Michaela Schmidt analysieren die Argumentation der Abwanderungsdrohungen auf ihre Plausibilität und schlagen Maßnahmen zur Eindämmung von Standortwettbewerb vor.

Im Gegensatz zu den Abwanderungsparolen mancher Konzernherren steht Österreich wirtschaftlich gut da. Die Basis dafür sind die hohen von den Werktätigen geschaffenen Werte, eine hochwertige öffentliche Infrastruktur, ein gutes – wenn auch verbesserungsbedürftiges – Bildungssystem etc. Korrekturbedarf gibt es insbesondere bei der ungerechten Verteilung des erarbeiteten Wohlstands und den belastenden Arbeitsbedingungen. Auch eine nachhaltige Klima- und Energiepolitik kann nicht dadurch gelingen, dass erkämpfte soziale und ökologische Errungenschaften auf dem Altar der Wettbewerbsfähigkeit geopfert werden. Im Gegenteil: diese Standards müssen von allen Ländern übernommen werden.

Obwohl Industrieunternehmen in Österreich gute Rahmenbedingungen vorfinden – wie der vorliegende Artikel zeigen wird – und von der öffentlichen Hand in vielerlei Hinsicht unterstützt werden, verwendet die Wirtschaftsseite diverse problematische Wettbewerbsrankings, um ein vermeintliches »Absandeln des Standorts« (© Wirtschaftskammer-Präsident Dr. Christoph Leitl) zu belegen, die Bevölkerung zu verunsichern und PolitikerInnen unter Druck zu setzen. Diese Rankings sind nicht nur methodisch fragwürdig konstruiert, sie bauen vor allem auf einem völlig falschen Bild der Wirtschaft auf: Es geht nicht darum, dass einzelne Länder wie im Sport den Wettbewerb alleine, auf Kosten der anderen, gewinnen. Volkswirtschaften profitieren gegenseitig von positiven wirtschaftlichen Entwicklungen, sofern diese nicht auf Sozial- und Umweltdumping basieren und damit einzelnen Unternehmen unlautere Vorteile verschaffen. Auch auf der Unternehmensebene gilt, dass die Beziehungen zu den Beschäftigten, zu KundInnen, Lieferanten und der Gesellschaft

ebenso wichtig sind wie ein effektives Kostenmanagement. Für Aktiengesellschaften ist diese Stakeholderorientierung auch verpflichtend, denn der §70 (1) besagt, dass »der Vorstand [] unter eigener Verantwortung die Gesellschaft so zu leiten [hat], wie das Wohl des Unternehmen unter Berücksichtigung der Interessen der Aktionäre und der Arbeitnehmer sowie des öffentlichen Interesses es erfordert.« Die ständigen Abwanderungsdrohungen stehen dieser Verpflichtung allerdings diametral entgegen. Das ständige Schlechtreten des Standorts schadet der ganzen Wirtschaft, ist ein Angriff auf die hart arbeitende Bevölkerung und muss als Mittel im Klassenkampf begriffen werden.

ÖSTERREICH IST WELTWEIT WIRTSCHAFTLICH AM ACHTBESTEN

Österreich gehört zu den wirtschaftlich leistungsfähigsten Ländern der Welt. Gemessen an der jährlichen Wirtschaftsleistung, dem Bruttoinlandsprodukt (BIP) pro Kopf, rangieren wir unter den »Industrie«-Ländern auf Platz acht. Laut OECD, der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, übersteigt das von Österreichs Werktätigen erarbeitete – um Preisniveauunterschiede zwischen den Ländern bereinigte – BIP den internationalen Schnitt der 34 OECD-Länder 2012 um 16 Prozent. Innerhalb der EU ist laut dem europäischen Statistikamt Eurostat Österreich nach Luxemburg am zweitreichsten unter den 28 Mitgliedsstaaten. Österreichs BIP pro Kopf ist im Vergleich zum EU-weiten Durchschnitt um 30 Prozent höher. Auch in den letzten Jahren war Österreich international gut positioniert: Im Zehn-Jahreszeitraum 2002 bis 2012 war unser Land wirtschaftlich betrachtet immer unter den weltweit zehn Besten, EU-weit unter den besten Fünf.

Preislich nicht wettbewerbsfähig? Arbeitskosten alleine sagen gar nichts über die preisliche, lohnbezogene Absatzfähigkeit aus. Das ist auch den Konzernleitungen bekannt. Denn die lohnabhängig Beschäftigten schaffen für den erhaltenen Bruttolohn plus aller Sozialabgaben (= Arbeitskosten) – darüberhinausgehende – Werte. Für internationale Vergleiche relevant sind die Lohn-Stückkosten, das sind die pro Kopf (oder Stunde) bezahlten Arbeitskosten im Verhältnis zu den pro Kopf (oder Stunde) neu geschaffenen Werten. Nicht alle Produkte und Dienstleistungen werden weltweit gehandelt bzw. ge- und verkauft. Und es ist nicht die gesamte Wirtschaft, sondern es sind primär die in den Produktionsbranchen hergestellten Güter, die auf internationalen Märkten ihren Absatz suchen. Nicht aber etwa der Einzelhandel oder die Dienstleistung von FrisörInnen (mit Ausnahme von Grenzregionen).

Bei der Höhe der Lohn-Stückkosten im Produktionsbereich auf Basis eines gemeinsamen Wechselkurses rangiert Österreich an elfter Stelle im internationalen Vergleich und unterschreitet z.B. das Lohn-Stückkosten-Niveau Deutschlands (Platz neun). Das beruht auf Statistiken des unternehmensnahen Instituts der deutschen Wirtschaft Köln. Die USA liegen hinter Österreich und nehmen Platz 20 ein. Warum ist das so? Deutschlands industrielles Produktivitätsniveau ist nur wenig höher als das österreichische (nämlich um rund 5 Prozent), hingegen überschreiten die Arbeitskosten in der deutschen Produktion jene Österreichs um 15 Prozent. Die industriellen Arbeitskosten in den USA wiederum sind um nur drei Prozent höher als hierzulande, während deren Produktivität jene Österreichs um 18 Prozent übersteigt.

Von 2007 bis 2012 sind Österreichs industrielle Lohnstückkosten mit im Schnitt 1,6 Prozent pro Jahr etwas langsamer als in Deutschland (+1,9 Prozent) gestiegen. Beide Länder wurden von den USA, deren Lohnstückkosten um 2,2 Prozent pro Jahr anstiegen, »überholt«. Sowohl die Höhe als auch die Entwicklung der Lohn-Stückkosten hängt insbesondere auch von der »Preisentwicklung« der Währungen ab.

Euro zu Dollar um 50 Prozent teurer geworden: Für den internationalen Handel sind nicht nur die Produktpreise in den jeweiligen heimischen Währungen relevant, sondern wie »teuer« eine Währungseinheit im Vergleich zur anderen ist. Das zeigt der Vergleich USA mit dem Euroraum: Anfang 2002 »kostete« ein Euro noch 0,9 US-Dollar, Mitte 2008 waren es schon 1,5 Dollar, gefolgt von Auf- und Abwärtsbewegungen seit der Krise. Ende 2013 betrug der Wechselkurs knapp 1,4

Dollar – eine »Verteuerung« um mehr als 50 Prozent seit 2002 (Quelle: Österreichische Nationalbank, ÖNB). *Steigende Gewinnausschüttungen:* Mit einer operativen Gewinnspanne von 4,1 Prozent ist die Ertragslage der im AK-Unternehmensmonitor untersuchten rund 1500 mittelgroßen und großen Unternehmen (ohne Banken) mit mehr als 700.000 in Österreich beschäftigten Arbeitnehmer/-innen im Jahr 2012 gut. Insbesondere der Produktionsbereich erweist sich mit 5,5 Prozent EBIT-Quote (ordentliches Betriebsergebnis als Anteil an der gesamten Betriebsleistung) besonders ertragsstark. Auch das von den GesellschafterInnen eingesetzte Kapital »verzinst« sich mit 12,9 Prozent Eigenkapitalrendite (Jahresüberschuss im Verhältnis zum eingesetzten Kapital) sehr gut – Spitzenreiter ist die Sachgütererzeugung mit 20 Prozent! Ein besonders erträglicher Geldregen zeigt sich für die AktionärInnen: Die Dividenden sind unangemessen hoch, denn die ausgeschütteten Gewinne machen im Verhältnis zu den Löhnen mehr als ein Drittel (36 Prozent) aus.

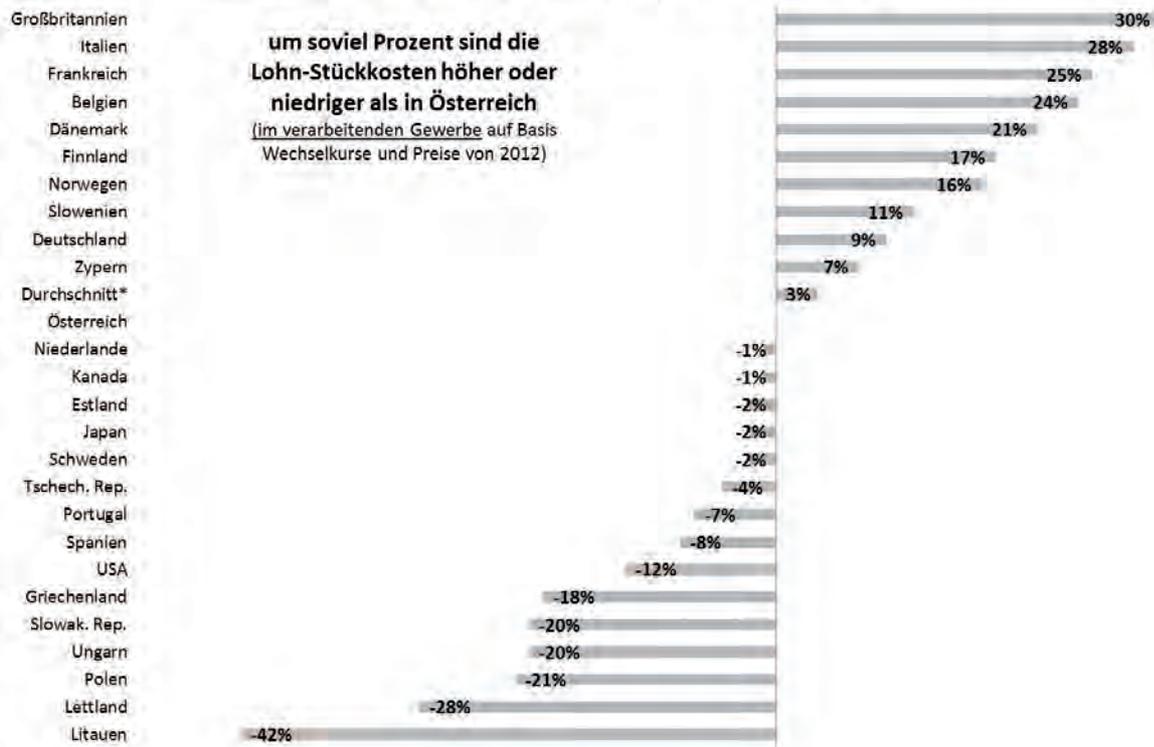
Denn der ganz kleinen Gruppe der UnternehmenseignerInnen der 20 Top-Börseunternehmen wird laut AK-Wien-Analyse auch heuer wieder eine milliardenschwere Dividendensumme beschert. Obwohl im Geschäftsjahr 2013 aufgrund der Konjunkturschwäche weniger Gewinne zu verzeichnen waren, wurden davon mit Stand April von den 17 ATX-Unternehmen, die bereits Informationen veröffentlicht haben, um knapp 13 Prozent mehr ausgeschüttet als ein Jahr zuvor – in Summe 1,9 Milliarden Euro. Inklusiv Analystenschätzungen und Ankündigungen für die drei weiteren Unternehmen (mit abweichendem Geschäftsjahr) Voestalpine, Zumtobel und Immofinanz wird die gesamte Ausschüttungssumme der 20 im Eliteindex ATX gelisteten Unternehmen voraussichtlich auf fast 2,1 Milliarden Euro steigen, ein Plus von knapp vier Prozent im Vergleich zu 2013.

DIE WIRTSCHAFTSKAPITÄNE UND DIE STEUERLAST

In der jüngsten Medienkampagne von Industriellen und Bankern zum Thema Wirtschaftsstandort wird auch die Steuerbelastung in Österreich kritisiert. Die Kritik wird hauptsächlich nur generell anhand der allgemeinen Abgabenquote vorgebracht. Diese hat allerdings wenig Aussagekraft, denn sie sagt nichts darüber aus, welche gesellschaftlichen Gruppen in welcher Höhe Steuern zahlen.

Konkreter werden nur die Banker, die die Bankenabgabe mit Verweis auf die zukünftigen Zahlungen in den EU-Bankenab-

Höhe der Lohn-Stückkosten 2012 (Arbeitskosten je Wertschöpfungseinheit)



Höhe der Produktivität 2012 (reale Bruttowertschöpfung je geleisteter Stunde)



wicklungsfonds im Visier haben. Es kommt auch vor, dass die Belastung der Löhne bzw. die zusätzlichen Abzüge von Lohnerhöhungen kritisiert werden und eine diesbezügliche Steuersenkung gefordert wird. Offensichtlich mit dem Hintergedanken, dass dadurch die Werk­tätigen bei zukünftigen Brutto-Lohnforderungen bescheidener werden. Teilweise werden auch die jüngsten steuerlichen Maßnahmen ange­führt, insbesondere die Beschränkung der Abzugsfähigkeit von Managergehältern auf 500.000 Euro. Die Gewinnbesteuerung selbst wird kaum angeführt (Format 2014).

Einige Fakten zur Gewinnbesteuerung: Obwohl andere Länder inzwischen nachgezogen sind, ist der 2005 von der schwarz-blauen Regierung von 34 auf 25 Prozent gesenkte Satz der Körperschaftssteuer (KöSt) – das ist die Gewinnsteuer der Unternehmen – im internationalen Vergleich noch immer »günstig«. Dies und die zusätzlichen Gestaltungsmöglichkeiten der Unternehmen ergeben, dass die Einnahmen an Gewinnsteuer in Österreich sehr niedrig sind: 2012 kamen 5,3 Prozent aller Abgaben bzw. 2,3 Prozent im Verhältnis zur Wirtschaftsleistung, zum Bruttoinlandsprodukt, von der KöSt – im OECD-Schnitt waren es 8,7 bzw. 3,0 Prozent (OECD 2014).

NUR 19 PROZENT

Die effektive Steuerleistung österreichischer Großunternehmen beträgt laut den Jahresabschlüssen nur 19 Prozent (Unternehmensmonitor der AK Wien). Auch die EU-Kommission kommt für Österreich auf einen durchschnittlichen Steuersatz bei Gewinnen von 20,4 Prozent. Zum Vergleich: Die durchschnittliche Abgabenbelastung aller Löhne und Gehälter ist mit 40,8 Prozent (2011) doppelt so hoch.

Die Steuerlast verschob sich langfristig zu den ArbeitnehmerInnen und KonsumentInnen: Während die Lohnsteuer von 1992 bis 2013 um 139 Prozent und die Umsatzsteuer um 98 Prozent gewachsen sind, sind die Unternehmenssteuern (Körperschaftssteuer, Einkommensteuer, Kapitalertragssteuer von Gewinnausschüttungen und Bankenabgabe, früher auch Gewerbe- und Vermögensteuer) nur um 88 Prozent gewachsen. Und dies bei stärker als die Lohneinkommen wachsenden Gewinnen.

Die Bankenabgabe ist gerechtfertigt! Sie wurde gerechtfertigterweise eingeführt, weil die Banken ab 2008 den Staatshaushalt durch die Bankenrettungspakete besonders belasteten. Netto – also unter Berücksichtigung der Zinseinnahmen für das Partizipationskapital etc. – kosteten die Bankenhilfen 2008

bis April 2014 rund sieben Milliarden Euro (Budgetanalyse der AK-Wien Seite 26).

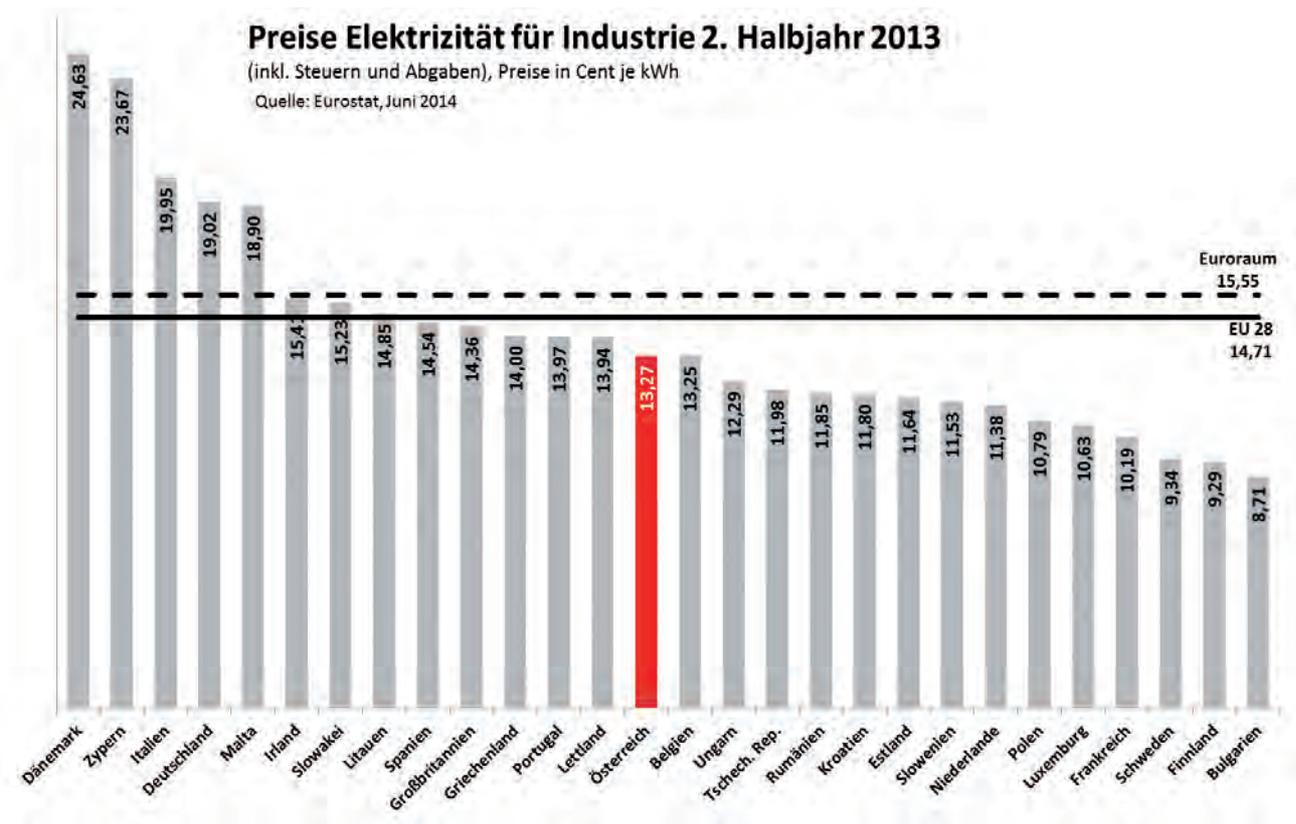
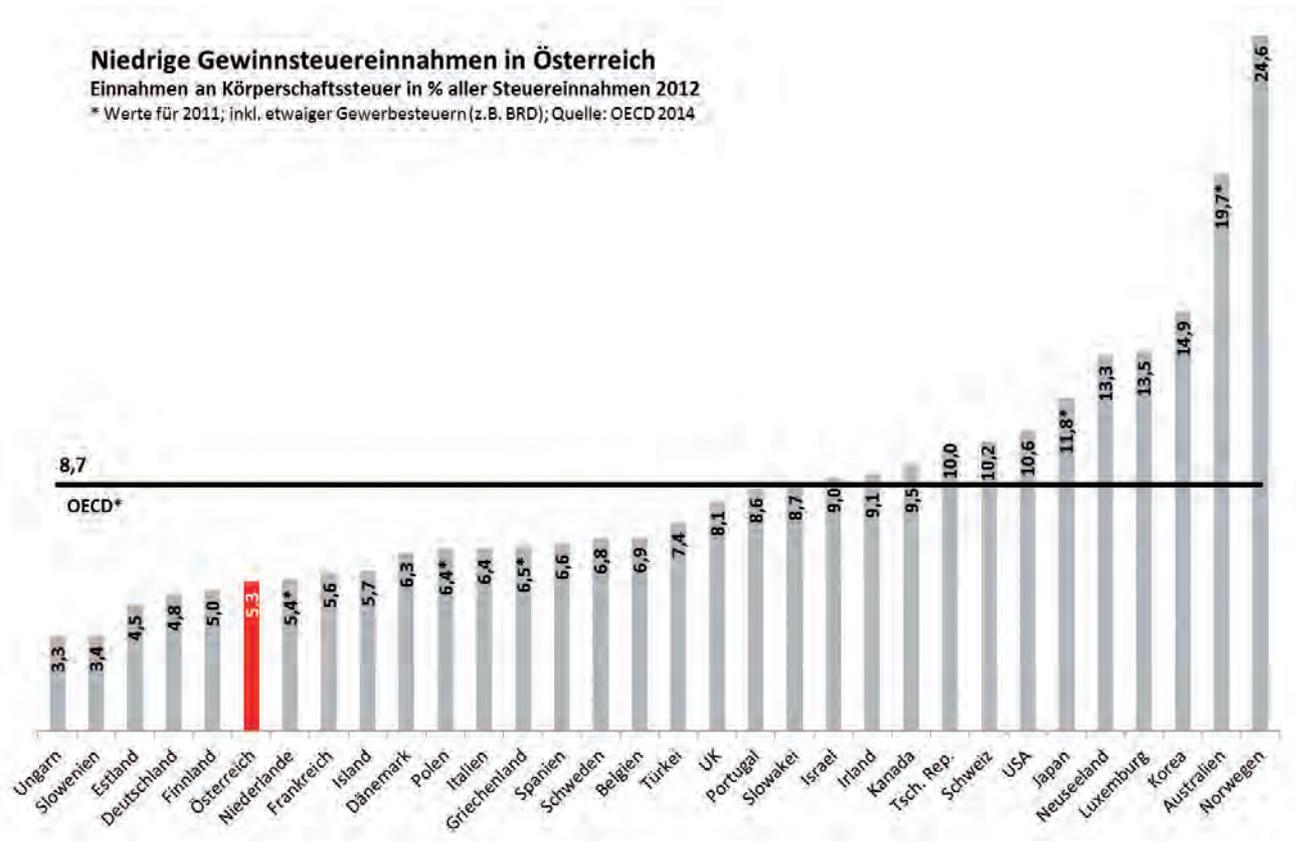
Die Gewinnsteuerleistung der Banken ist deutlich geringer als die der anderen Unternehmen: Im Jahr 2007 betrug sie gar nur 6,4 Prozent des Jahresüberschusses vor Steuern, 2012 nur 12 Prozent (AK-Analyse der Jahresabschlussstatistiken der OENB).

Nicht vergessen werden sollte, dass die Großinstitute mit ihren Töchtern in Osteuropa die Allgemeinheit durch die Gruppenbesteuerung für die Verluste dieser Töchter mitzahlen lassen. Diese Probleme der österreichischen Großbanken in Osteuropa sind auch der Grund dafür, dass die Republik Österreich bei der Ratingagentur Standard&Poor's die Bestnote (AAA) verloren hat. Zur Abwanderungsdrohung der Banker: Die Bankenabgabe wird von der Bilanzsumme bemessen. Eine Verlagerung des Sitzes ins Ausland hätte kaum Auswirkungen auf die Bemessungsgrundlage. Solange die Bankgeschäfte im Inland betrieben werden, schlägt sich dies in der österreichischen Bilanzsumme nieder.

STEUERQUOTEN

Beispiele für Steuerleistungen österreichischer Großunternehmen: Die Gewinnsteuerleistung der ERSTE Bank (Muttergesellschaft) machte 30 Millionen Euro aus, was einer Steuerquote von 16 Prozent entspricht. Von der gesamten Bankenabgabe von 311 Millionen waren in Österreich 166 Millionen zu zahlen (Quelle: Geschäftsberichte). Laut Konzernabschluss der Raiffeisenlandesbank oö wurden 2012 von 103 Millionen Euro Jahresüberschuss vor Steuern 6,9 Millionen Gewinnsteuern im In- und Ausland bezahlt, was eine Steuerquote von weniger als sieben Prozent bedeutet.

Als sonstige Steuern und Gebühren sind 23,8 Millionen ausgewiesen, was überwiegend die Bankenabgabe sein dürfte (Quelle: Geschäftsbericht). Die tatsächliche Steuerleistung des Voestalpine-Konzerns betrug im Geschäftsjahr 2012/13 bei einem Ergebnis vor Steuern von 655 Millionen Euro 96 Millionen Euro (In- und Ausland), dies entspricht einer Quote von 14,6 Prozent, 2011/12 waren es 21,6 Prozent (Quelle: Geschäftsbericht). Bei einem Konzerngewinn der OMV AG 2013 von 2.290 Millionen Euro (davon 703 Millionen in Österreich) war die tatsächliche Gewinnsteuerleistung 692 Millionen Euro (davon 101 in Österreich), das ergibt eine Gewinnsteuerquote von 14,3 Prozent in Österreich. Die OMV zahlte 2013 für die Rohölförderung 429 Millionen Euro För-



derzins, davon 141 Millionen an die Republik Österreich und 226 Millionen an Rumänien. Die Kapsch TrafficCom AG von Industriellenvereinigungs-Präsident Kapsch weist für 2012/13 einen Gewinn vor Steuern (EGT) von 4,6 Millionen Euro (2011/12 17,2 Millionen Euro) und eine Gewinnsteuer von 752.000 Euro, 2011/12 2 Millionen Euro, aus (Jahresabschluss Wiener Zeitung).

EUROPA STEHT MIT SEINER KLIMA- UND ENERGIEPOLITIK NICHT ALLEIN!

Energie- und Klimapolitik muss immer ein tatsächliches Sinken von Treibhausgas-Emissionen und Energieverbrauch im Fokus haben und darf nicht eine räumliche Verlagerung der Produktion in Länder mit geringeren sozialen und ökologischen Standards bewirken. Es hilft weder den ArbeitnehmerInnen noch der Umwelt, wenn die energieintensive Industrie ihre Produktionsstandorte in Regionen verlagert, in denen es niedrigere Umwelt- und Klimastandards gibt. Deshalb haben sich die Sozialpartner und die Industriellenvereinigung auch dafür ausgesprochen, einem ambitionierten EU-weiten Reduktionsziel (Reduktion um 40 Prozent gegenüber dem Stand von 1990) für Treibhausgasemissionen im Jahr 2030 nur zuzustimmen, wenn es zu einer vergleichbaren, verpflichtenden Emissionsreduktion in anderen relevanten Wirtschaftsräumen kommt. Für energieintensive Industrien, die im internationalen Wettbewerb stehen und wirtschaftliche Nachteile erleiden, sind zudem bestimmte Schutzmaßnahmen gerechtfertigt, wobei zur fairen Kostentragung ein strenger Maßstab anzulegen ist (Quelle: Die Sozialpartner 2014).

Gleichzeitig entspricht aber das Bild, dass die EU der einzige Wirtschaftsraum sei, der ambitionierte Klima- und Energieziele verfolgt, nicht der Wirklichkeit. Bereits 138 Länder haben sich laut einer Studie des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) weltweit Ziele im Bereich erneuerbarer Energie gesetzt, 66 Länder haben als Unterstützungssystem für Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien (»Ökostrom«) Einspeisetarife eingeführt. Japan und Südkorea haben die umfassendsten Energieeinsparungsprogramme im Industriesektor implementiert, Japan hat außerdem historisch die strengsten Kraftstoffeffizienz-Standards (Quelle: DIW 2014).

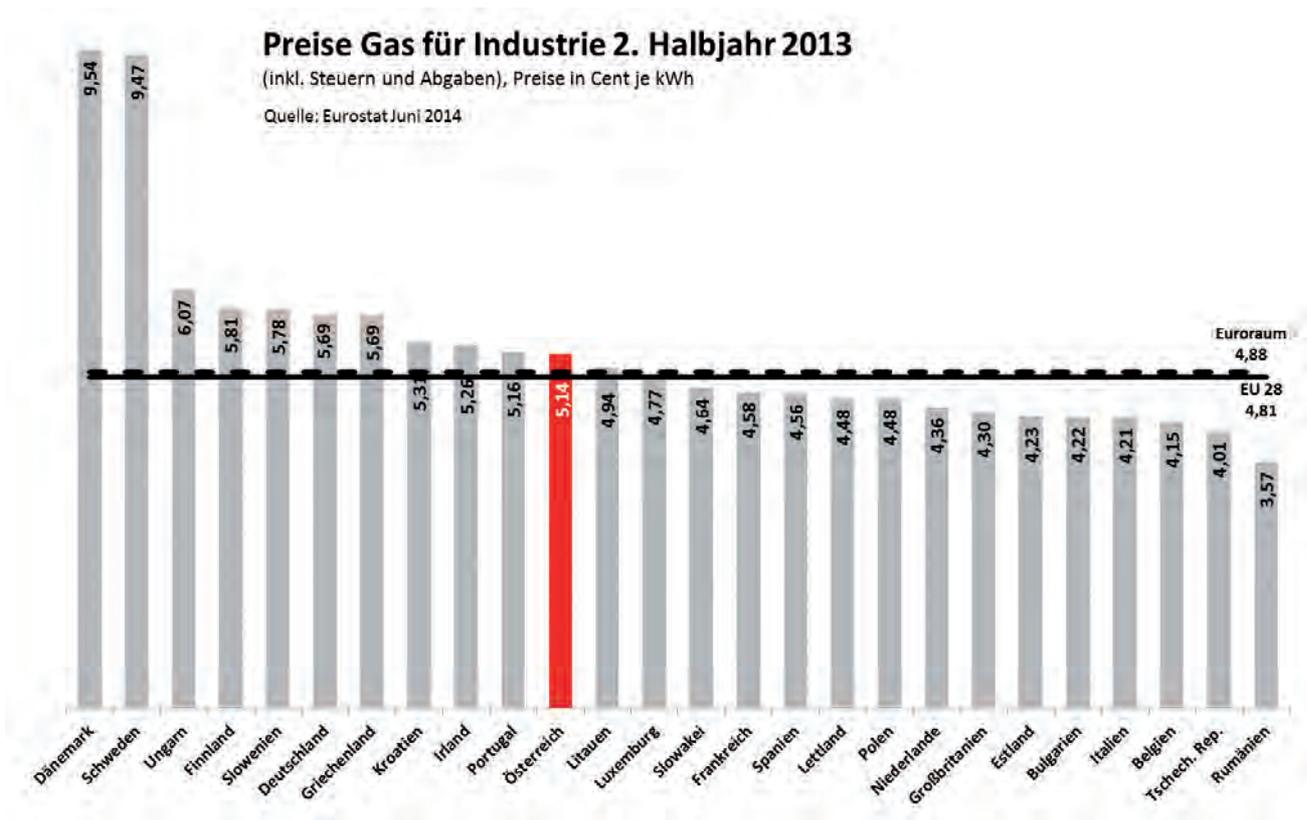
Ein Emissionshandelssystem gibt es neben der EU auch in Neuseeland beziehungsweise in einzelnen Bundesstaaten und Regionen von Australien, Japan, Kanada und den Vereinigten Staaten. Das Ziel des Emissionshandels ist es, den Ausstoß

von Treibhausgasen zu verteuern und damit einen Anreiz für Energieproduzenten und Industrieunternehmen zu schaffen, diese Treibhausgase einzusparen. Sechzehn Länder, unter anderem Mexiko, Südafrika, Indonesien und Brasilien stehen kurz vor der Einführung von CO₂-Preisen (Quelle: DIW 2014a)

Der Preis für Emissionshandelszertifikate sinkt kontinuierlich! Der Preis der Emissionszertifikate liegt derzeit zwischen fünf und acht Euro und damit weit unter dem angestrebten Zielwert von 30 Euro und dürfte die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Unternehmen kaum gefährden. 2008 war in der vergangenen Periode des Emissionshandels (2008–2012) das einzige Jahr, in dem der Zertifikatepreis kurzfristig über 25 Euro lag. Mittelfristig kann davon ausgegangen werden, dass der Preis der Emissionszertifikate niedrig bleibt, weil für die nächsten Jahre dauerhaft Überschüsse an Zertifikaten im europäischen Emissionshandelssystem erwartet werden (DIW 2014b). Seit 01.01.2013 wurde der europäische Emissionshandel zudem auf ein Benchmark-System umgestellt, sodass jene Anlagen, die europaweit am wenigsten Emissionen verbrauchen auch weniger Zertifikate benötigen.

Hoher Preis für Erdgas, niedrige Preise für Strom und Treibhausgase! Die Strompreise für Industriebetriebe (inklusive Netz, Abgaben und Steuern) sind in den vergangenen Jahren stetig gesunken. Der Großhandelspreis für Strom liegt im April 2014 um 41,7 Prozent unter den Ausgangsniveaus des AK-Energiepreismonitorings vom Juli 2008, der Gas-Großhandelspreis liegt rund 0,5 Prozent darüber (AK 2014). Problematisch sind die niedrigen Gaspreise in den USA, die durch die umweltpolitisch fragwürdige Förderung von Schiefergas ermöglicht werden, wengleich das DIW und die Internationale Energieagentur eine Verringerung der regionalen Preisunterschiede gegen Ende des Jahrzehnts erwartet. Im europäischen Vergleich kann die österreichische Industrie durchaus auf »wettbewerbsfähige« Strom- und Gaspreise zurückgreifen, insbesondere im Vergleich mit Deutschland. Die Europäische Zentralbank rechnet in ihren Inflationsprognosen auch weiterhin mit fallenden Energiepreisen.

Der Wunsch der Unternehmen nach Klarheit zur Entwicklung von Energiekosten ist natürlich nachvollziehbar. Um das zu gewährleisten, müsste jedoch vor allem der Spekulation mit Rohstoffpreisen ein Riegel vorgeschoben werden, um die übertriebenen Schwankungen der Energiepreise zu beenden. Ein hartnäckiges Eintreten der »Industriebosse« gegen Rohstoffspekulation ist derzeit allerdings nicht wahrnehmbar.



SOZIALE UND ÖKOLOGISCHE STANDARDS INTERNATIONAL VERBESSERN, STATT SPIRALE NACH UNTEN!

Eckpunkte dafür sind:

Gerechte Löhne und Arbeitszeit als Basis für fairen Wettbewerb: Um international mithalten zu können, braucht es MitarbeiterInnen, die gut ausgebildet, motiviert und gesund sind. Daher braucht es weniger, statt mehr Überstunden und eine ausgewogenere Verteilung der Arbeitszeit. Die Lohnentwicklung muss sich an der Produktivität orientieren und Kaufkraftsteigerungen garantieren. Zudem ist für langfristige Planungssicherheit der Unternehmen ein stabiler Wechselkurs notwendig.

Konzerne müssen ihren Beitrag leisten: Auch die Konzerne sollen – als Nutznießer vieler staatlicher Leistungen – einen gerechten Beitrag zur Finanzierung leisten. Die Einführung der Millionärssteuer als Gegenfinanzierung zur steuerlichen Entlastung der lohnabhängig Beschäftigten, die Harmonisierung der Gewinnbesteuerung in der EU verbunden mit einem Mindeststeuersatz von 30 Prozent, Unterbindung von Gewinnverschiebungen in Niedrigsteuerländer sowie die

rasche Einführung der Finanztransaktionssteuer sind dabei zentrale Elemente.

Soziale-ökologische Standards verbessern: Es braucht ambitionierte, europäische koordinierte Investitionen in Energieeffizienz, den Ausbau der Erdgas-Transportinfrastruktur und der erneuerbaren Energien. Um trotz selbst auferlegter staatlicher Budgetrestriktionen diese sozial-ökologische Offensive durchführen zu können, sind Zukunftsinvestitionen aus der Berechnung des Budgetdefizits auszunehmen (»goldene Regel der Finanzplanung«). Eine nachhaltige Klima- und Energiepolitik kann nur dann gelingen, wenn vorhandene Standards auch von anderen Ländern übernommen werden. Die IndustrievertreterInnen sollen sich deshalb für verbindliche Sozial- und Umweltstandards in Freihandelsabkommen der EU mit Drittstaaten einsetzen, um einen fairen Wettbewerb zwischen den einzelnen Unternehmen zu ermöglichen.

Demokratisches und soziales Europa: Unser gemeinsames Ziel muss ein demokratisches und soziales Europa mit einem effizienten Schutz vor Sozial- und Umweltdumping sein. Dies kann erreicht werden durch eine verbesserte wirtschafts-

politische Kooperation zwischen den Staaten, eine Stärkung der Kaufkraft der privaten Haushalte durch faire Lohnpolitik und soziale Sicherungssysteme, durch hohe arbeitsrechtliche Mindeststandards, durch eine lückenlose Finanzmarktaufsicht, Maßnahmen gegen den Einfluss der Finanzlobbys und die Einführung einer Finanztransaktionssteuer. 

BETTINA CSOKA

ist Ökonomin und arbeitet als
verteilungspolitische Expertin in Linz.

FRANZ GALL

ist Betriebswirt und arbeitet
als steuerpolitischer Experte in Linz.

MICHAELA SCHMIDT

ist Ökonomin und arbeitet als energie-
und industriepolitische Expertin in Linz.

LITERATUR

Arbeiterkammer Oberösterreich – AK OÖ (2014): »Leitbetriebe haben Verantwortung«, Pressekonferenz 25. April | **AK OÖ** (2014): »Zahlen & Daten rund um Einkommen, Steuern und Budget«, online | **Arbeiterkammern Oberösterreich, Niederösterreich, Wien** (2014): »AK Unternehmensmonitor« | **AK Österreich** (2014): »AK-Energiepreismonitoring« | **AK Österreich** (2014): »Budgetanalyse 2014-2018« | **AK Wien** (2014): »Ausschüttungspolitik der ATX-Konzerne« | **Die Sozialpartner Österreich, Industriellenvereinigung** (2014): »Ein Rahmen für die EU-Klima und Energiepolitik im Zeitraum 2020-2013«, Brief an den Bundeskanzler vom 12.3.2014 | **Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung – DIW** (2014a): »Energie- und Klimapolitik: Europa ist nicht allein«, in: Wochenbericht Nr. 6, 2014 | **DIW** (2014b): »Europäische Energie- und Klimapolitik braucht ambitionierte Ziele für 2030«, in: Wochenbericht Nr. 10, 2014 | **Format** (2014), »So kritisch war es noch nie«, Ausgabe 16.2014 | **European Commission/Eurostat, Taxation Trends in the European Union** 2013 | **Institut der deutschen Wirtschaft Köln**, »Produktivität und Lohnstückkosten der Industrie im internationalen Vergleich«, in: IW-Trends 4/2013

VORBILDER

150 JAHRE MAK



Tejo Remy für Droog
Chest of drawers, 1991
© Droog / Foto: Gerard van Hees

Mehr Einbürgerungen für eine starke Demokratie

Österreich weist eines der restriktivsten Staatsbürgerschaftsgesetze innerhalb der EU auf. Dadurch bleibt einem wachsenden Bevölkerungsanteil der Zugang zur Einbürgerung verwehrt. Was bedeutet diese Entwicklung für die Demokratie in Österreich?

Im Jahr 2013 besitzen 11,9% der in Österreich lebenden Menschen nicht die österreichische Staatsbürgerschaft. In Wien ist der Anteil noch wesentlich höher: 23% der Wiener Bevölkerung sind ausländische Staatsbürger. Niedrig ist in Österreich hingegen die Einbürgerungsrate. Diese ergibt sich aus dem Anteil von ausländischen Personen, die in einem Jahr eingebürgert werden, gemessen an der gesamten ausländischen Bevölkerung. In Österreich liegt sie 2013, wie in den drei vorgehenden Jahren, bei 0,7%. Damit zählt Österreich zu den europäischen Ländern mit den niedrigsten Einbürgerungsraten, vor allem im Vergleich mit anderen EU-Einwanderungsstaaten.

Verantwortlich für die niedrige Rate an Neu-Bürgern sind die massiven Verschärfungen, die von der schwarz-blauen Regierung in der Staatsbürgerschaftsgesetz-Novelle 2005 beschlossen und im Rahmen der Novelle 2013 nicht ausreichend behoben wurden. Das bestätigen auch die Einbürgerungszahlen vor und nach der Novelle 2005: Während in den acht Jahren von 1998 bis inklusive 2005 255.741 Personen die österreichische Staatsbürgerschaft erhielten, gab es in den acht darauffolgenden Jahren insgesamt nur mehr 77.860 Einbürgerungen. Die Einbürgerungsquote lag von 2000 bis 2005 noch bei durchschnittlich 5%.¹ Der insgesamt drastische Rückgang an Einbürgerungen bei steigender Zuwanderung entwickelt sich zunehmend zu einer Gefahr für die Demokratie. Ausländische Staatsbürger sind, unabhängig davon, wie lange sie in Österreich leben, von österreichischen Landtags- und Nationalratswahlen ausgeschlossen. Ein Stimmrecht gibt es nur für EU-Ausländer bei Kommunal- und EU-Wahlen. Eine Demokratie bedarf jedoch der Beteiligung möglichst aller Bevölkerungsgruppen. Sie kann nur dann stabil sein, wenn eine weitgehende Deckung zwischen der Wohn- und der Wahlbevölkerung gegeben ist. Je höher der Anteil der im Land an-

sässigen Ausländer ist, umso weniger repräsentativ ist sie. Für einen demokratischen Staat ist daher ein inklusives Staatsbürgerschaftsgesetz eine unabdingbare Notwendigkeit.

Faire Einbürgerungsbedingungen sind aber auch für eine effektive Integrationspolitik von nicht zu unterschätzender Wichtigkeit. Insbesondere für junge Personen mit Migrationshintergrund, die oftmals keine andere Heimat als Österreich kennen, kann der Ausschluss aus dem Staatsverband aufgrund der Hürden des Staatsbürgerschaftsrechts verheerende Folgen haben. Rechtlich gelten sie als »Ausländer« und sind somit von der politischen Teilhabe ausgeschlossen. Eine ausgrenzende Erfahrung, die in manchen Fällen mit Desinteresse an der österreichischen Politik beantwortet wird und die Entstehung von Parallelgesellschaften begünstigen kann.

DAS STAATSBÜRGERSCHAFTSGESETZ IM EUROPÄISCHEN VERGLEICH

Eine im Jahr 2013 veröffentlichte Studie der Arbeiterkammer Wien verglich die in Österreich geltenden Einbürgerungsvoraussetzungen mit jenen von zehn anderen EU-Staaten und der Schweiz. Das Ergebnis für Österreich war ernüchternd. In keinem anderen Vergleichsstaat wird die Einbürgerung an strengere Voraussetzungen geknüpft als in Österreich. Dem internationalen Migrations- und Integrationsindex zufolge ist der Zugang zur Staatsbürgerschaft europaweit nur in den baltischen Ländern noch restriktiver. Insbesondere für Niedrigverdiener und armutsgefährdete Personen sind die Anforderungen zur Erlangung der Staatsbürgerschaft kaum zu erfüllen. Daran hat auch die Staatsbürgerschaftsgesetz-Novelle 2013 wenig geändert.

Wer den österreichischen Pass beantragt, muss in der Regel einen ununterbrochenen Aufenthalt von mindestens 10

Jahren, 5 Jahre davon mit einem unbefristeten Aufenthaltstitel, vorweisen.² Damit zählt Österreich zu den Ländern mit den höchsten Aufenthaltsvoraussetzungen im Europäischen Wirtschaftsraum. In den meisten europäischen Einwanderungsländern ist eine deutlich frühere Antragstellung möglich. Deutschland hat sich im Zuge der Staatsangehörigkeitsreform 2000 dem EU-15 Durchschnitt von 6,8 Jahren angenähert und die ursprünglich 10-jährige Frist auf 8 Jahre herabgesenkt. Zu einer zusätzlichen Schwierigkeit trägt in Österreich die Bestimmung bei, dass der Aufenthalt nicht unterbrochen sein darf. Selbst kurzfristige Unterbrechungen der 10-jährigen Frist führen dazu, dass diese wieder von vorne zu zählen ist. In der Praxis sind solche Lücken keine Seltenheit. Sie entstehen etwa durch Fristversäumnisse oder von Verzögerungen der Behörden bei Verlängerungen von befristeten Aufenthaltsgenehmigungen.

REICH VOR ARM

Eine weitere, europaweit einzigartige Hürde, stellt das Erfordernis der »Selbsterhaltungsfähigkeit« dar. Konkret muss eine Einzelperson nachweisen, dass sie in den letzten 6 Jahren mindestens 36 Monate lang ein monatliches Einkommen in der Höhe der Mindestpensionen erzielt hat. 2014 liegt der Richtsatz bei 857,73 Euro für eine Einzelperson. Während des Nachweiszeitraumes darf zudem keine Sozialhilfe bezogen worden sein. Das geforderte Mindesteinkommen bezieht sich jedoch nicht auf die tatsächlich erzielten Einkünfte. Entscheidend ist das Nettoeinkommen, das abzüglich regelmäßiger Aufwendungen (z.B. Mietkosten, Kreditraten) verbleibt. Aufgrund der hohen Mietzinse muss das monatliche Einkommen einer Einzelperson deshalb weit über dem Richtsatz von 857,73 Euro liegen. Exemplarische Berechnungen der Arbeiterkammer zeigen, dass österreichische Beschäftigte vieler Berufssparten selbst bei Vollzeitbeschäftigung und kollektivvertraglicher Entlohnung nicht in der Lage wären, diesen Nachweis zu erbringen.

Wesentlich freizügiger wird die Selbsterhaltungsfähigkeit außerhalb Österreichs gehandhabt. Deutschland fordert von einbürgerungswilligen Personen ebenfalls, dass sie ihren Lebensunterhalt selbstständig bestreiten und keine Sozialhilfe in Anspruch nehmen. Im Gegensatz zu Österreich bestehen aber keine starren Einkommensgrenzen, sondern es wird darauf abgestellt, ob sich die antragstellende Person faktisch selbst erhält. Überdies kann in Deutschland bei Personen unter 23 Jahren von der Erbringung des Nachweises abgesehen werden und die Inanspruchnahme von Sozialhilfe schadet nicht, wenn die

finanzielle Notlage nicht vom Antragsteller verschuldet wurde. Dies gilt z. B. bei Arbeitslosigkeit wegen betriebsbedingter Kündigung. Eine derartige Härteklausele kennt das österreichische Staatsbürgerschaftsgesetz nur für Personen, die aufgrund einer schwerwiegenden Krankheit bzw. Behinderung am Erwerbsleben nicht teilnehmen können. In etwa der Hälfte aller EU-Länder ist die ökonomische Situation der Antragsteller für die Verleihung der Staatsbürgerschaft gänzlich irrelevant. Auf dem ersten Blick könnte der Eindruck entstehen, diese speziell österreichische Hürde sei dazu geschaffen worden, um die österreichischen Gebietskörperschaften vor zusätzlichen Belastungen durch die Einbürgerung von armutsgefährdeten Gruppen zu schützen. Fakt ist jedoch, dass die österreichische Staatsbürgerschaft keine zwingende Voraussetzung zum Bezug von Sozialhilfe ist. Aufgrund der »Daueraufenthalts«-Richtlinie 2003/109/EG können alle Personen, die zum dauerhaften Aufenthalt im Inland berechtigt sind, in Österreich die Kernleistungen der Sozialhilfe in Anspruch nehmen.

Ein weiteres Einbürgerungshemmnis stellen die unverhältnismäßig hohen Einbürgerungskosten dar. In keinem anderen EU-Land ist die Aufnahme in den Staatsverband so teuer wie in Österreich. Neben den unterschiedlich hohen Landesgebühren sind zusätzlich noch Bundesgebühren zu entrichten, obwohl der Vollzug von Staatsbürgerschaftsangelegenheiten allein den Ländern obliegt. Während eine Einzelperson in Kärnten inklusive Bundesgebühren 1.630,80 Euro bezahlen muss, hat sie in Wien mit insgesamt 1.276,80 Euro zu rechnen. Gebühren in dieser Höhe liegen weit über dem tatsächlichen Verwaltungsaufwand und sind geeignet, potentielle Antragsteller vom Erwerb der Staatsbürgerschaft abzuschrecken. Unabhängig von den Staatsbürgerschaftsgebühren, erwarten potentielle Neubürger noch zusätzliche Kosten etwa für Übersetzungen und Beglaubigungen von Dokumenten, für Deutschkurse und Prüfungen, etc. In der großen Mehrzahl der europäischen Länder sind deutlich niedrigere Gebühren zu entrichten. In Dänemark, Schweden, Belgien und Italien liegen die Kosten unter 200 Euro, in Deutschland bei insgesamt 255 Euro. In Frankreich und Spanien ist die Einbürgerung kostenlos.

ALS »AUSLÄNDER« GEBOREN

Kinder von Nicht-Österreichern, die in Österreich zur Welt kommen, erwerben wegen des in Österreich geltenden Ius Sanguinis- bzw. Abstammungsprinzip die Staatsbürgerschaften ihrer Eltern. Die österreichische Staatsbürgerschaft können sie nach einem Aufenthalt von sechs Jahren erwerben, wenn sie

die Mehrzahl der gewöhnlichen Einbürgerungsbedingungen erfüllen. Beim Erfordernis der Selbsterhaltungsfähigkeit werden die Einkünfte der Erziehungsberechtigten herangezogen. Kinder von Niedrigverdienern haben daher von vornherein kaum eine Chance eingebürgert zu werden und gelten daher, auch wenn sie in Österreich geboren wurden und sich als Österreicher wahrnehmen, als »Ausländer«. Ein Dilemma, das Identitätskonflikte in der zweiten Generation verstärkt und sich zunehmend zur gesellschaftspolitischen Herausforderung entwickelt.

Die meisten europäischen Einwanderungsländer haben, um ein Auseinanderdriften der Gesellschaft in In- und Ausländer zu vermeiden, mittlerweile Elemente des *Ius Soli* in ihre Staatsbürgerschaftsregime eingebaut. Kinder von Nicht-Staatsbürgern erwerben in diesen Ländern automatisch die Staatsbürgerschaft des Geburtsortes, wenn ihre Eltern über einen rechtmäßigen Aufenthaltsstatus verfügen oder selbst im Inland geboren wurden. Daraus erklärt sich, weshalb der prozentuelle Ausländeranteil in anderen europäischen Staaten mit vergleichbaren Migrationsströmen oftmals niedriger ist als in Österreich. Die steigenden Zahlen von ausländischen Staatsangehörigen in Österreich ergeben sich nämlich nicht nur aus der tatsächlichen Zuwanderung aus dem Ausland, sondern zu einem großen Teil infolge der Geburten im Inland.

Auch Deutschland ist dem westeuropäischen Trend bereits vor vierzehn Jahren gefolgt. Dank der Reform des deutschen Staatsangehörigkeitsgesetzes unter Rot-Grün, das mit 1. Jänner 2000 in Kraft trat, gelten in Deutschland geborene Kinder ausländischer Eltern ab Geburt als Deutsche, wenn zumindest ein Elternteil seit mindestens 8 Jahren in Deutschland niedergelassen ist. Neben der deutschen Staatsangehörigkeit erwerben sie zusätzlich noch kraft Abstammung die Staatsbürgerschaften ihrer Eltern. Österreich steht unter den europäischen Einwanderungsländern mit seinem eisernen Festhalten am reinen Abstammungs- bzw. *Ius Sanguinis*-Prinzip zunehmend alleine da.

NEU-ÖSTERREICHER STATT AUSLÄNDER

In Zeiten von steigender Zuwanderung und Globalisierung erscheint das exklusive österreichische Einbürgerungsgesetz zunehmend anachronistisch. Oftmals wird in der öffentlichen Integrationsdebatte die Ansicht vertreten, die Einbürgerung müsse am Ende eines erfolgreichen Integrationsprozesses stehen. Sie sei deren »krönender Abschluss«. Viele andere EU-Einwanderungsländer verabschiedeten in den letzten Jahren

hingegen inklusivere Staatsbürgerschaftsgesetze, um die Integration der Zuwanderer zu erleichtern. Von nicht geringer Bedeutung für die integrative Wirkung der Staatsbürgerschaft ist deren emotionaler Gehalt. Für viele Neubürger stellt ein österreichischer Pass nicht nur einen Zugewinn an politischen Teilhaberechten sondern vor allem auch ein Symbol für Zugehörigkeit dar. Er begünstigt eine positive Identifikation mit dem Gemeinwesen und stärkt somit den Zusammenhalt in der Gesellschaft.

EIN GRÖßERER PERSONENKREIS

Welche geltenden Einbürgerungsvoraussetzungen müssten nun reformiert werden, um einem größeren Personenkreis die Aufnahme in den Staatsverband zu ermöglichen?

- Es widerspricht dem Grundverständnis von Demokratie, die Verleihung politischer Teilhaberechte von Einkommenshöhen abhängig zu machen, die selbst weite Teile der arbeitenden Bevölkerung ausschließen. Ein erster Fortschritt gegen diese systematische Benachteiligung wäre es, die Einkommensgrenzen auf die Höhe der Mindestpensionen (Richtsatz für eine Einzelperson beträgt 2014 € 857,73) zu senken ohne eine Anrechnung der wiederkehrenden Belastungen vorzunehmen. Dringend notwendig wäre auch die Einführung einer umfassenden Härteklausele für alle Personen, die unverschuldet in finanzielle Notlagen geraten sind. Letztlich dürfen nicht Sozialhilfeleistungen, die aufgrund der sozialpolitischen Gesetzgebung erfolgen, bei der Verleihung demokratischer Mitbestimmungsrechte zum Nachteil gereichen.
- Die unverhältnismäßig hohen Einbürgerungsgebühren wirken abschreckend und sozial selektiv. Sie sollten bundesweit vereinheitlicht und auf die Höhe der tatsächlichen Verwaltungskosten gesenkt werden. Für die Einhebung von Bundesgebühren besteht keine sachliche Rechtfertigung, da Staatsbürgerschaftsangelegenheiten allein von den Ländern zu vollziehen sind. Sie sollten daher gänzlich abgeschafft werden.
- Eine weitere Notwendigkeit für eine inklusivere Einbürgerungspraxis wäre eine Senkung der 10-jährigen Mindestaufenthaltsdauer an den Durchschnitt der EU-Einwanderungsländer. So kann in Belgien, Frankreich, den Niederlanden, Schweden und im Vereinigten Königreich die Staatsbürgerschaft nach bereits 5 Jahren, in Irland schon nach 4 Jahren, beantragt werden. Zudem sollte bei kurzfristigen Unter-

brechungen des Aufenthalts die verabsäumte Zeit nachgeholt werden können und nicht zu einem neuen Fristenlauf führen.

- Sollen sich Jugendliche der »2. Generation« mit dem Gemeinwesen identifizieren, muss die Diskrepanz zwischen ihrer Selbstwahrnehmung als Österreicher und ihrem rechtlichem Status als »Ausländer« beseitigt werden. Im Inland geborene Kinder, die in Österreich aufwachsen, sind keine »Fremden«. Ihnen muss auch per Gesetz eine österreichische Identität zugesprochen werden. Dies könnte durch die Einführung des Ius Soli-Prinzips in das österreichische Staatsbürgerschaftsgesetz verwirklicht werden. Eine mögliche Option wäre es, Kindern, die im Bundesgebiet geboren werden, aber von ausländischen Eltern abstammen, automatisch mit der Geburt die österreichische Staatsbürgerschaft zu verleihen, wenn zusätzlich noch mindestens ein Elternteil bereits selbst im Inland geboren wurde oder seit einigen Jahren in Österreich niedergelassen ist. Dadurch wären Kinder von Personen mit engen Bindungen zu Österreich von Geburt an gleichberechtigte Bürger dieses Landes. 

LENA KARASZ

ist Juristin und als Referentin für rechtspolitische und rechtswissenschaftliche Grundlagenarbeit in der Abteilung Arbeitsmarkt und Integration der ak Wien tätig.

1. Alle Zahlen: Statistik Austria
2. Seit Inkrafttreten der Staatsbürgerschaftsgesetz-Novelle 2013 können „ausgezeichnet integrierte“ Personen nach einer Mindestaufenthaltsdauer von bereits 6 Jahren eingebürgert werden. Als „ausgezeichnet integriert“ gilt, wer den Nachweis über einen gesicherten Lebensunterhalt in den letzten 6 Jahren erbringen kann und über Deutschkenntnisse auf Maturaniveau (B2-Level) verfügt. Wer diese Voraussetzung nicht erfüllt, muss eine nachhaltige persönliche Integration nachweisen. Dafür muss man sich zumindest 3 Jahre lang gemeinnützig engagiert haben.

Zur Kritik der Sparpolitik im Euroraum: Wer A sagt, muss auch B sagen!

Die europäische Sozialdemokratie, angeführt von Martin Schulz, beklagte im EU-Wahlkampf die Sparpolitik im Euroraum – und das völlig zu Recht. Die Kritik aber bleibe inkonsequent, argumentiert Klaus Berndorfer, weil sie die Wurzel der Sparpolitik, die verfehlte Fiskalarchitektur des Maastrichter-Vertrags nicht infrage stellt. Während die Konservativen fieberhaft an Maastricht 2.0 arbeiten und das neoliberale Europa vertiefen, kann sich die Sozialdemokratie nicht auf die einzige konsistente Alternative einigen, ein Europa der Bundesstaaten. Diese Unentschlossenheit macht sie mitschuldig an einer unsozialen Politik – jetzt und in der Zukunft.

In den Jahren 2010 bis 2013 haben die Regierungen des Euroraums Konsolidierungspakete mit einem Volumen von ca. 3 Prozent des BIP aufgelegt¹. Glaubt man den Zahlen der OECD, dann setzt sich dieses Volumen zu ca. 2/3 Prozent aus Ausgabenkürzungen und zu ca. 1/3 Prozent aus Einnahmenerhöhungen zusammen². Die Sparpolitik hat negative Auswirkungen auf die gesamtwirtschaftliche Aktivität im Euroraum (siehe Grafik). Mit Ende 2013 liegt sie um mehr als 215 Mrd. EUR unter ihrem möglichen Niveau. (Die Rechnung impliziert einen Multiplikator von 0,8³.) Die Grafik zeigt auch, dass diese Lücke zwischen tatsächlicher Aktivität und möglicher Aktivität bis Ende 2015 kaum geringer werden wird. Keynesianisches Gegensteuern sieht anders aus. (siehe Grafik)

Das schwache Wirtschaftswachstum drückt sich in erhöhter Arbeitslosigkeit aus. Mit Anfang 2014 meldet Eurostat ca. 19 Millionen Arbeitslose im Euroraum. Das entspricht einem Anstieg von ca. 3,5 Millionen Menschen in den Jahren 2010 bis 2013. Unter den Standardannahmen kann gezeigt werden, dass ca. 2/3 dieses Anstieges durch die Sparpolitik bedingt sind. Bis Ende 2015 dürfte die Arbeitslosenquote, nach den aktuellen Prognosen der Europäischen Kommission, immer noch zwischen 11 und 12 Prozent liegen. Das sind absurd hohe Zahlen!

DIE SOZIALDEMOKRATIE IST MITVERANTWORTLICH FÜR DIE SPARPOLITIK

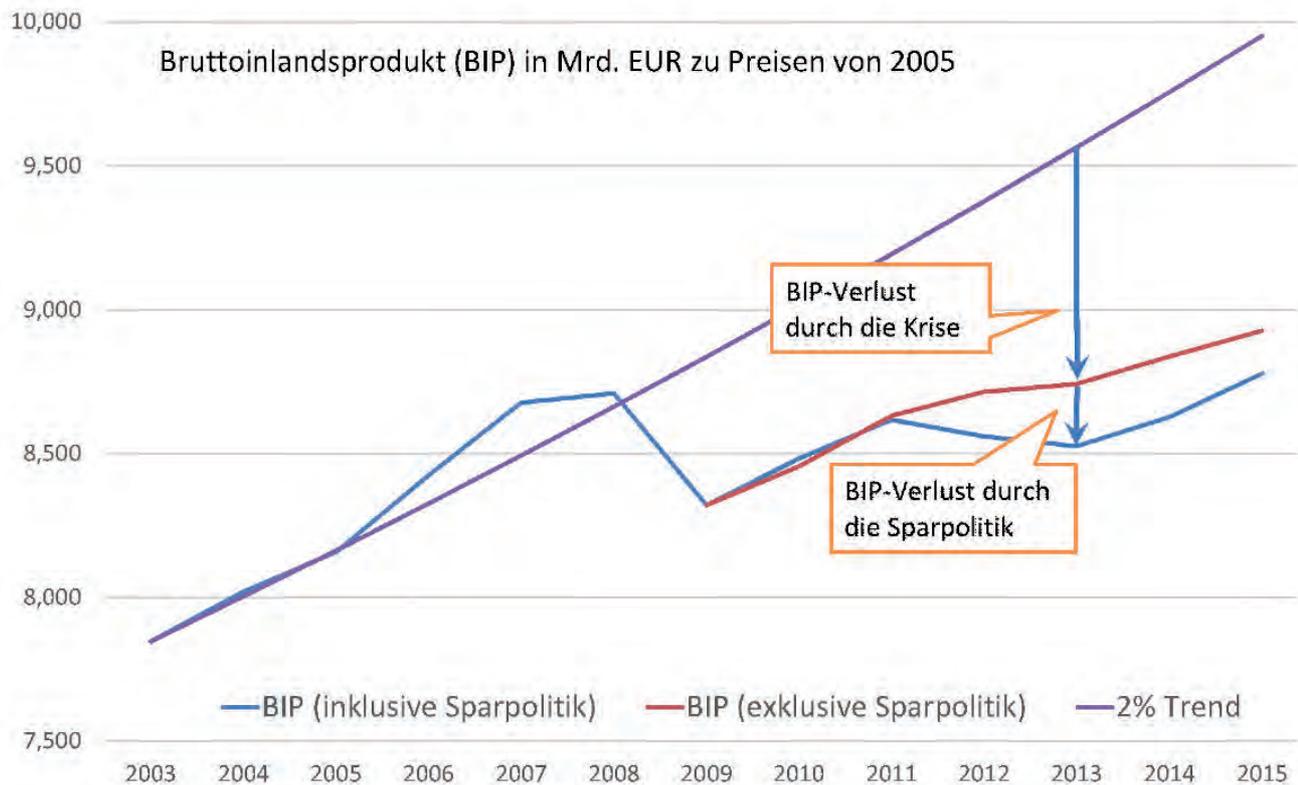
Das Mantra der europäischen Sozialdemokratie ist jenes, dass die Konservativen die Sparpolitik zu verantworten haben. Die

Kritik ist richtig, aber greift zu kurz. In den Jahren 2010 bis 2013 haben alle 17 Regierungen im Euroraum⁴ ihren zyklisch bereinigten Budgetsaldo verbessert, also gespart. 5 von ihnen, die sogenannten Programmländer (Irland, Griechenland, Portugal, Spanien und Zypern), die alle konservativ geführt sind, waren zu dieser Politik gezwungen. Die verbleibenden 12 konsolidierten aus freien Stücken. Mit Ausnahme von Estland wiesen alle eine sozialdemokratische Beteiligung auf.

Es ist richtig, dass sich der Großteil dieser Regierungsbeteiligungen durch Wahlsiege zwischen Anfang 2011 und Anfang 2013 ergeben hat. Es ist ebenfalls richtig, dass die Prognose der Europäischen Kommission für 2014 und 2015 keine weitere Verschärfung der Sparpolitik erwartet, von einem Kurswechsel aber kann keine Rede sein. Die »Hoffnungsträger« Mario Renzi (Italien) und Manuel Valls (Frankreich) versuchen sich aktuell an einer Kombination aus Steuersenkungen und Ausgabenkürzungen. Eine Politik, die den Sparkurs in ihren Ländern nur anders verteilen wird. Die Fiskalvorgaben in den Programmländern und die verschärften Fiskalregeln (Stichwort Fiskalpakt) stellt überhaupt niemand mehr in Frage. Ganz im Gegenteil, die sozialdemokratischen FinanzministerInnen in Finnland und den Niederlanden zählen zu den absoluten Scharfmachern der Sparpolitik. Wie kann das sein?

DIE SPARPOLITIK ALS PRODUKT EINER VERFEHLTEN FISKALARCHITEKTUR

Man muss sich davon verabschieden, dass die europäische Wirtschaftspolitik in der Krise von Ideologie getrieben ist.



Quelle: AMECO, Werte für 2014/15 sind Prognosen der Europäischen Kommission (EK).

Die Konservativen haben nicht gespart, weil sie den Vormarsch des Sozialismus verhindern wollen (das klassische Kalecki-Argument)⁵. Und selbst wenn, was erklärt dann das Agieren der sozialdemokratischen Regierungen. Auch nur Anti-SozialistInnen? Selbst unter Berücksichtigung des schleichenden ideologischen Erosionsprozesses der europäischen Sozialdemokratie erschiene das irreführend. Tatsächlich gibt es einen gemeinsamen Grund für das Agieren der Konservativen und das Versagen der Sozialdemokratie: die sogenannte Staatsschuldenkrise.

Die Staatsschuldenkrise, also der rapide Anstieg der Refinanzierungskosten einiger Mitgliedsländer im Euroraum zwischen 2010 und 2012, ist das Produkt einer grundlegend verfehlten Fiskalarchitektur im Euroraum infolge des Maastrichter-Vertrags. Diese besteht im Wesentlichen darin, eine gemeinsame Währung sowie einen gemeinsamen Finanz-

markt mit nationalstaatlichen Budgets und Fiskalpolitiken zu verbinden. Viele ÖkonomInnen hatten stets vor einer derartigen Konstruktion gewarnt. Ganz ohne Transfers zwischen den Regierungen⁶ oder einer glaubwürdigen Solidaritätszusage der Europäischen Zentralbank (EZB)⁷ sind die nationalen Budgets dem Herdenverhalten der Finanzmärkte schutzlos ausgeliefert⁸. Wenn ein/e InvestorIn annimmt, dass die anderen InvestorInnen annehmen, dass er/sie annimmt, dass die Anderen annehmen, usw., dass Griechenland Pleite geht (was Anfang 2010 nicht ausgeschlossen werden konnte), dann ist es für alle InvestorInnen rational griechische Staatsanleihen zu verkaufen, und dann es ist nur eine Frage der Zeit bis Griechenland tatsächlich Pleite geht. Das ist das »Geheimnis« hinter der Staatsschuldenkrise. In deren Verlauf mussten 5 Mitgliedsländer gegen die völlige Aufgabe ihrer nationalen Souveränität vom Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) gerettet werden. Erst mit der überraschenden Solidaritätszusa-

ge der Europäischen Zentralbank (EZB) im Herbst 2012 (Stichwort Outright Monetary Transactions (OMTs)) hat sich die Situation spürbar entspannt.

Nationale Regierungen verfolgen nationale Interessen. Das Vermeiden eines Hilfsprogramms wurde zum Primärziel jeder Regierung, egal welcher Couleur. Man forcierte die einzig rationale und konsistente Strategie unter den gegebenen Bedingungen: die Sparpolitik. »Solide Finanzen gleich nationale Souveränität« wurde zum Leitspruch der sozialdemokratischen Wirtschaftspolitik. Den Regierungen ist kein Vorwurf zu machen. Hätten sie sich nicht konform verhalten, wären sie sofort zur Zielscheibe der Märkte geworden. Kein Nationalstaat kann gegen die internationalen Finanzmärkte keynesianische Politik betreiben, das wissen wir seit dem französischen Experiment Anfang der 1980er. Die moralisierende Kritik an der Sparpolitik im Euroraum wird zur platten Polemik und erscheint ähnlich glaubwürdig wie die SPÖ-Forderung nach Vermögenssteuern vor der Nationalratswahl 2013.

EIN EUROPA DER BUNDESSTAATEN ANSTELLE VON MAASTRICHT

Wenn die Sozialdemokratie die Sparpolitik umkehren will und die Fiskalpolitik als anti-zyklisches Stabilisierungsinstrument erhalten will, dann muss sie den Vertrag von Maastricht infrage stellen. Die einzige langfristig tragfähige Alternative zu Maastricht ist eine Fiskalarchitektur nach dem Vorbild der USA. Diesen ist trotz ähnlicher Voraussetzungen eine Staatsschuldenkrise und die damit verbundene Sparpolitik erspart geblieben.

Das Modell der USA besteht darin, eine gemeinsame Währung sowie einen gemeinsamen Finanzmarkt mit einem gemeinsamen Bundeshaushalt zu verbinden, der durch die bundesstaatlichen Budgets nur ergänzt wird. Das US-Bundesbudget hat ein Volumen von ca. 20% des BIP und umfasst alle Sozialtransfers sowie das Budget des Pentagons. Es finanziert sich durch das Gros der Lohn- und Kapitalsteuern. Dieses gemeinsame Budget unter Kontrolle der US-Regierung erlaubt die notwendigen Transfers zwischen den Bundesstaaten sowie eine glaubwürdige Solidaritätszusage der US-Notenbank. Einziger Haken an der Sache, die Souveränität der Regierungen der US-Bundesstaaten ist deutlich geringer als jene der Regierungen der Euroraums. Neben den strengen Fiskalregeln müssen sie auch einen wesentlichen Teil der Einnahmen- und Ausgabenhoheit abgeben.

Und genau hier liegt der Hund begraben. Die europäischen Regierungen können sich auf keine derartige Abgabe nationaler Souveränität einigen. Das konnten sie Ende der 1980er-Jahre nicht (was die Maastrichter Fiskalarchitektur zur Folge hatte) und das können sie auch heute nicht (was die Sparpolitik zur Folge hat). Die Unentschlossenheit der Sozialdemokratie in dieser Frage nutzen die Konservativen für eine schrittweise Reform des Maastrichter-Vertrags in ihrem Sinne, Maastricht 2.0.

Nach ESM, verschärften Fiskalregeln und Bankenunion treiben die Konservativen aktuell ein Insolvenzverfahren für Euroraumländer (und das damit verbundene Ende der bevorzugten regulatorischen Behandlung von Staatsanleihen) sowie das Ende des OMT-Programms voran. Das Ziel ist die vollständige Wiederherstellung der fiskalpolitischen Selbstverantwortung der Mitgliedsländer⁹. Die Strategie ist konsistent; Wer alles selbst entscheiden will, der soll sich auch selbst um seine Probleme kümmern (das alte Mantra von Otmar Issing). Die sozialdemokratische Kritik an der Sparpolitik aber fordert Solidarität ohne Abgabe von Souveränität. Das ist inkonsistent; wer A sagt, muss auch B sagen!

DIE SOZIALDEMOKRATIE IST DRAUF UND DRAN EUROPA ZU VERLIEREN

Es gibt nur zwei Varianten für die (wirtschafts)politische Zukunft des Euroraums (und damit Europas), Maastricht 2.0 oder ein Europa der Bundesstaaten. Maastricht 2.0 ist Neoliberalismus pur. Die verschärften Fiskalregeln prolongieren die Sparpolitik bis 2023 (nur Luxemburg, Estland und Italien bleibt ein gewisser Spielraum)¹⁰. Die Hilfsprogramme im Rahmen des ESM erlauben die willkürliche Zerstörung sozialstaatlicher und sozialpartnerschaftlicher Institutionen (wie bspw. das griechische Gesundheitssystem, etc.). Auch die parlamentarisch-demokratischen Legitimation dieser Politiken wird man lange suchen müssen. Da verwundert es wenig, dass die nationalistischen Kräfte wieder Oberwasser haben. Das Vertrauen der Menschen in ihre politischen Eliten ist auf neuen Tiefstständen¹¹.

Und was macht die Sozialdemokratie? Sie schläft wie gewöhnlich. Ihr Beitrag erschöpft sich in einer moralisierenden Kritik an der unsozialen Sparpolitik der Konservativen anstelle ernsthaft an einem fundamentalen Kurswechsel zu arbeiten. Und diesen Kurswechsel sollte man nicht den Regierungen überlassen. Sie werden sich niemals auf eine Beschränkung ihrer Machtbasis einigen können (schon gar nicht solange Groß-

ritannien noch EU-Mitglied ist). Marterbauer und Oberndorfer¹² z.B. empfehlen einen gewählten europäischen Konvent, der die nationalstaatliche Logik überwinden soll.

Eine ähnliche Forderung kommt auch von Cohn-Bendit und Verhofstadt¹³. Wie auch immer man das konkret ausgestaltet, am Beginn muss eine klare politische Entscheidung stehen. Jean Claude Juncker, der vermutliche neue Kommissions-Präsident, unterstützt jedenfalls eine stärkere fiskalische Integration des Euroraums¹⁴. Als konservativer ehemaliger Regierungschef wäre er ein wichtiger Brückenbauer und ein logischer Bündnispartner für die Sozialdemokratie. 🍷

KLAUS BERNDORFER

ist Ökonom in Wien und aktiv in der Sektion 8 der SPÖ Alsergrund.

1. Gemessen als Verringerung des strukturellen Budgetdefizits in Prozent des BIP.
2. OECD (2013) Restoring Public Finances: 2012 Update.
3. Median aus 104 Multiplikator-Studien. Gechert (2013) What Fiscal Policy is Most Effective? IMK Working Paper, No. 117.
4. Lettland, seit Anfang 2014 18. Mitglied des Euroraums, wird in dieser Diskussion nicht berücksichtigt.
5. M. Kalecki (1943) The Political Aspects of Full Employment, The Political Quarterly, No. 14 (4), Pages 322-331.
6. Nichtbestands-Klausel (Art. 125 AEUV): Verbieta die Haftung der EU-Mitgliedsstaaten füreinander.
7. Verbot der monetären Staatsfinanzierung (Art. 123 AEUV): Verbieta der EZB die Kreditvergabe an Staaten.
8. Bernhofer (2014) The Microeconomics of Sudden Stop Episodes, Momentum Quarterly, forthcoming.
9. Weidmann (2014) Die Währungsunion als Stabilitätsunion, Rede am Duitsland Instituut Amsterdam, 7.4.2014.
10. OECD (2013) Economic Outlook No. 2/13, Pages 60-62 (Box 1.6.).
11. Eurobarometer 80, Dezember 2013 (http://ec.europa.eu/public_opinion/index_en.htm).
12. Marterbauer & Oberndorfer (2013) Federating Competition States vs Building Europe from Below, FEPS Queries No. 3(9).
13. Cohn-Bendit & Verhofstadt (2012) Für Europa! Ein Manifest, Carl Hanser Verlag, München.
14. Van Rompuy, Barroso, Juncker & Draghi (2012) Towards a Genuine Economic and Monetary Union, 12/12.

NSA, Weltkrieg & Götter



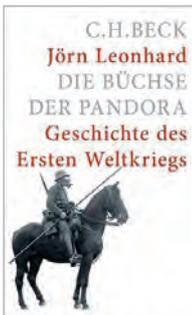
Marcel Rosenbach, Holger Stark
DER NSA-KOMPLEX

Edward Snowden hat enthüllt, wie weitgehend die Geheimdienste unser Leben überwachen. Nahezu täglich kommen neue Details der allumfassenden Spionage ans Licht. Die SPIEGEL-Autoren Marcel Rosenbach und Holger Stark konnten große Teile der von Edward Snowden bereitgestellten und »streng geheim« eingestufted Dokumente aus den Datenbanken der NSA und des britischen GCHQ auswerten. **DVA, 384 Seiten, 20,60 Euro**



Christine Westermann
DA GEHT NOCH WAS

Es gibt vielleicht den Moment, in dem man erschrocken feststellt: Mensch, ich bin alt. Und jetzt? Kommt noch was? Geht noch was? Das kann nicht mehr viel sein, dachte Christine Westermann, als sie das Buch zu schreiben begann. Jetzt, zwei Jahre später, schaut sie mit anderen Augen auf den vor ihr liegenden Weg. Warum das so ist, das erzählt sie in ihrem aufrichtigen Buch, das vieles, nur kein Ratgeber sein will. **KIEPENHEUER & WITSCH, 192 Seiten, 18,50 Euro**



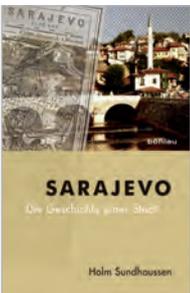
Jörn Leonhard
DIE BÜCHSE DER PANDORA

Der Autor zeigt, wie die Welt in den Krieg hineinging und wie sie aus ihm als eine völlig andere wieder herauskam. Er beschreibt die dynamische Veränderung der Handlungsspielräume, die rasanten militärischen Entwicklungen und die immer rascheren Wandlungen der Kriegsgesellschaften; und lässt die Erfahrungen ganz unterschiedlicher Zeitgenossen wieder lebendig werden. **C. H. BECK, 1.157 Seiten, 39,10 Euro**



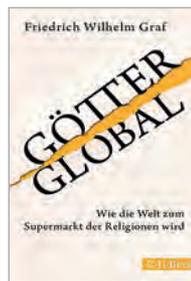
Wolfgang Prosinger
IN RENTE

Wir werden ab der Grundschule vom Leistungsgedanken bestimmt: Schule schaffen, Job bekommen, Karriere machen etc. Plötzlich aber geht es nicht mehr um Leistung. Eine Konstante, die das Leben 60 Jahre lang bestimmt hat, bricht weg. Ist das ein Glücksfall, weil leidige Pflichten und Zwänge endlich wegfallen? Oder bedeutet es den Absturz in die Bedeutungslosigkeit? **ROWOHLT, 240 Seiten, 20,60 Euro**



Holm Sundhausen
SARAJEVO

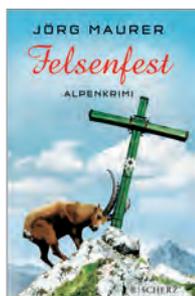
Mit Sarajevo verbinden sich vielfältige Assoziationen: Stadt des Attentats von 1914, Stadt der Winterolympiade von 1984, belagerte Stadt 1992–1996, Stadt der Toleranz und Stadt des Hasses, »Damaschkus des Nordens«, »Jerusalem Europas« und »Klein-Jerusalem«. Die Geschichte Sarajevos ist zu großen Teilen eine Geschichte von Zerstörung und Wiederaufbau, erneuter Zerstörung und erneutem Wiederaufbau. **BÖHLAU, 409 Seiten, 34,90 Euro**



Friedrich Wilhelm Graf
GÖTTER GLOBAL

Vielerlei Götter werden zunehmend vermarktet. Auf den globalen Religionsmärkten setzen sich harte, kompromisslose Glaubensweisen durch. Es gibt neue, unübersichtliche Religionskonflikte in aller Welt, aggressiv missionierenden Pfingstler in Südamerika und einen Siegeszug des Kreationismus in den USA. Und die vielen Frömmigkeitsstilen führen zu noch rigideren religiösen Ordnungsrufen. **C. H. BECK, 286 Seiten, 17,50 Euro**

Alpenkrimi, Nahost & 50er-Jahre



Jörg Maurer
FELSENFEST

Geiselnahme auf einem Gipfel über dem idyllischen alpenländischen Kurort! Ein maskierter Mann bringt brutal eine Wandergruppe in seine Gewalt. Er stößt Drohungen aus, verlangt nach Informationen. Kurz danach stürzt eine Geisel den Abgrund hinunter. Als Kommissar Jennerwein alarmiert wird, merkt er schockiert, dass er alle Opfer persönlich kennt – aus der Schulzeit.

SCHERZ, 420 Seiten, 17,50 Euro



Frank Schätzing
BREAKING NEWS

Tom Hagen, gefeierter Star unter den Krisenberichterstatlern, ist nicht zimperlich, wenn es um eine gute Story geht. Die Länder des Nahen Ostens sind sein Spezialgebiet, seine Reportagen Berichte aus der Hölle. Doch in Afghanistan verlässt ihn sein Glück. Eine nächtliche Geiselnahme endet im Desaster. Hagens Ruf ist ruiniert, verzweifelt kämpft er um sein Comeback.

KIEPENHEUER & WITSCH, 976 Seiten, 27,80 Euro



Matthias Göritz
TRÄUMER UND SÜNDER

In diesem Dialog-Roman erzählt Matthias Göritz eine Vater-Sohn-Geschichte und stellt die Frage nach der Kunst im Spannungsfeld von Geschäft, Massenpublikum und Wahrheit. Ein junger Journalist erhält die Chance, ein Interview mit einer Schlüsselfigur des deutschen Kinos zu führen, einem alternden, schillernden Produzenten. Nach und nach enthüllt sich dessen Lebensgeheimnis.

C. H. BECK, 238 Seiten, 19,50 Euro



Michael Chabon
TELEGRAPH AVENUE

Brokeland Records scheint seltsam aus der Zeit gefallen: Menschen mit Muße und Geschmack treffen sich hier, um über Musik und Jazzlegenden zu fabulieren. Nat Jaffe und Archy Stallings führen gemeinsam den kleinen, aber exklusiv bestückten Jazzplattenladen auf der Telegraph Avenue. Ihr großer Ärger beginnt, als gleich neben dem Plattenladen einen Megastore eröffnet werden soll.

KIEPENHEUER & WITSCH, 592 Seiten, 25,70 Euro



John Grisham
DIE ERBIN

Als man Seth Hubbards eines Morgens aufgehängt an einem Baum findet, ist die Bestürzung im beschaulichen Clanton groß. Niemand hätte mit einem Freitod gerechnet. Hubbards Familie ist in erster Linie an der Testamentseröffnung interessiert. Was sie nicht weiß: Kurz vor seinem Tod hat Hubbard sein Testament geändert. Alleinige Erbin ist seine schwarze Haushälterin Lettie Lang.

HEYNE, 704 Seiten, 25,70 Euro



Andrzej Bart
KNOCHENPALAST

Warschau in den fünfziger Jahren: Die Lyriklektorin Sabina lebt mit ihrer Großmutter, ihrer Mutter und ihrem Bruder Arkadiusz zusammen. Sie ist nahezu dreißig Jahre alt, aber unverheiratet und damit in den Augen der anderen eine alte Jungfer. In knapper, lakonischer Sprache beschreibt Andrzej Bart die Repression im kommunistischen Polen und erzählt eine Kriminalkomödie voller schwarzem Humor.

SCHÖFFLING & CO, 192 Seiten, 19,50 Euro

Deflationsgefahren gefährden Aufschwung

Seit mehr als einem Jahr sinkt die Inflation in der Eurozone und erreichte im Mai den Wert von 0,5% – weit unter dem Preisstabilitätsziel der EZB von knapp unter 2%. Die niedrigsten Inflationsraten weisen dabei Griechenland (-2,1%), Portugal (-0,3%), Zypern (-0,1%), Slowakei (0%), Niederlande (0,1%) und Spanien (0,1%) auf. Deutschland und Frankreich liegen mit 0,6% bzw. 0,8% knapp über dem Euroraumdurchschnitt, Österreich weist mit 1,5% die höchste Inflationsrate im Euroraum auf. Die deflationären Tendenzen in den Peripheriestaaten sind die Folge der schweren Rezession als Folge von Anpassungsprogrammen – im wesentlichen Fiskalkonsolidierung und Lohnkürzungen. Aber auch nicht dem Euroraum angehörende EU-Länder, insbesondere jene, die ihren Wechselkurs eng an den Euro gebunden haben, leiden unter rückläufigen Inflationsraten bzw. Deflation.

Die Hoffnung, die Inflation würde im Zuge des Aufschwungs wieder anziehen und sich so allmählich dem 2%-Ziel annähern, blieb frommer Wunsch. Dies nicht nur, weil der Konjunkturaufschwung weit unter den Erwartungen blieb – das Wachstum im 1. Quartal blieb verhalten –, sondern man hat insgesamt die Wirkungen der schwachen Nachfrage durch Sparprogramme und Lohnkürzungen bzw. Lohnmoderation auf die Inflation – insbesondere in der Peripherie, aber auch in den Kernwährungsländern nicht zur Kenntnis nehmen wollen. Hinzu kommt, dass insbesondere jene Länder deflationäre Tendenzen aufweisen, die noch immer hoch verschuldet sind. Dies gilt insbesondere für den privaten Sektor, aber auch für die Staaten als Folge der Kosten der Bankenkrise und der Rezession. Ein Aufholprozess der europäischen Krisenländer wird auch dadurch erschwert, dass die für die Nachfrage wichtigen Realzinsen weitaus höher sind als in den Kernwährungsländern, zum einen, weil – trotz einheitlicher Geldpolitik – die nominellen Kreditzinsen höher sind und weil die Inflation niedriger ist. Zudem leiden viele Unternehmen und Haushalte darunter, dass sie keine Kredite bekommen.

Wie der amerikanische Ökonom Irving Fischer in den frühen 1930er-Jahren entdeckte, zwingt die Deflation eine überschuldete Wirtschaft in einen Teufelskreis fallender Preise

und fallender Nachfrage. Eine Schuldendeflation kann man sich wie folgt vorstellen. Ein Land erwirtschaftet ein Bruttoinlandsprodukt von 1 Mrd Euro und hat Schulden in derselben Höhe, d.h. eine Schuldenquote von 100%. Das Land macht nun keine neuen Schulden und zahlt 50 Millionen an Schulden zurück. Fällt das Preisniveau um 10% und stagniert die Wirtschaft, dann beträgt die nominelle Wirtschaftsleistung nur mehr 900 Mio Euro. Obwohl das Land große Anstrengungen unternommen hat, um sich zu entschulden, steigt die Schuldenquote auf 106% (950 Mio Schuldenstand in Relation zu 900 Mio Wirtschaftsleistung). In Japan dauerte es 20 Jahre, bis man sich von der Deflation befreite.

Die EZB hat Anfang Juni eine Reihe weiterer expansiver Maßnahmen beschlossen, um der Deflationsgefahr entgegenzuwirken und den insbesondere im Süden stockenden Kreditfluss an die reale Wirtschaft zu beleben. So wurden die Zinssätze auf historische Tiefstände gesenkt, der Zinssatz für Einlagen von Banken bei der EZB ist nun negativ (-0,1%), die Liquiditätsversorgung der Banken durch die EZB wird stärker daran geknüpft, dass tatsächlich Kredite an die reale Wirtschaft vergeben werden. Diese Maßnahmen sind wichtig, sie sind aber bei weitem nicht ausreichend, um die Arbeitslosigkeit signifikant zu reduzieren, die Wirtschaft zu beleben und den sozialen Zusammenhalt zu fördern. Der Kern des Problems liegt daran, dass die gesamte Last der Anpassung beim europäischen Süden liegt, der in eine sogenannte »interne Abwertung« gezwungen wurde, während die Kernwährungsländer sich nicht anpassen mussten. Letztere, die eigentlich über höhere Löhne und expansive Fiskalpolitik den Anpassungsprozess im Süden unterstützen hätten müssen, haben über Lohnmoderation und Fiskalkonsolidierung die Krise in Europa erheblich verschärft. Sie bekommen nun aber auch selbst die Kosten dieser Strategie einer asymmetrischen Anpassung empfindlich zu spüren.



IRENE MOZART

ist Wirtschaftsforscherin in Wien

